

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F



F 57291
Jänner-Juli
1929

F 57291
Jänner-Juli
1929

.....
e Sprechstunde. Morgen Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Ver-
die Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat

.....
rat Gräf 60 Jahre alt. Der Vorstand der Magistratsabteilung 49 Ober-
Josef Gräf feiert heute seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlass fand
im Büro des Jubilars eine kleine Feier statt, bei der die überaus grosse Wert-
schätzung und Verehrung, deren sich Obersenatsrat Gräf bei der Beamtenschaft
erfreut, in herzlicher Weise zum Ausdruck kam. Die Beamten der Magistratsab-
teilung 49 überreichten dem Jubilar sein Oelporträt, ein Werk des Malers Hössl.

.....
Wien im Schnee. Heute in den ersten Morgenstunden setzte ein überaus heftiger
Schneefall in Wien ein. Der städtische Fuhrwerksbetrieb und die städtischen
Strassenbahnen setzten alle ihre verfügbaren Kräfte zur Schneesäuberung ein.
Der städtische Fuhrwerksbetrieb stellte in den Dienst der Schneesäuberung ü-
ber tausend ständige Strassenarbeiter und fünftausend Schneearbeiter. Es wer-
den der gesamte Wagenpark, das sind 11 Autoschneepflüge und 235 Pferdeschnee-
pflüge verwendet. Die Schneesäuberungsarbeiten des städtischen Fuhrwerksbetrie-
bes wurden um fünf Uhr früh aufgenommen. Die städtischen Strassenbahnen haben
für die Freimachung der Gleise bis jetzt rund 3000 Schneearbeiter aufgenom-
men. Von 6 Uhr früh an werden die Strassenbahnlinien von 90 Motorschneepflü-
gen mit 134 Anhängern und 12 Pferdeschneepflügen befahren, um grösseren Ver-
kehrsstörungen wirksam entgegenarbeiten zu können.

.....
Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung. Dieser Tage ist das 7. bis 9. Monats-
heft der Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien erschienen.
Die Mitteilungen, die von der Magistratsabteilung für Statistik regelmässig
herausgegeben werden, enthalten diesmal umfassende Darstellungen über die Aen-
derungen des Religionsbekenntnisses in Wien und über den Wiener Strassenbahn-
verkehr. Ansonsten bringt das neue Monatsheft wieder ein ausführliches statis-
tisches Material.

57291
ner. Juli
1929

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 2. Jänner 1929

1



.....
Entfallende Sprechstunde. Morgen Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda.

.....
Obersenatsrat Gräf 60 Jahre alt. Der Vorstand der Magistratsabteilung 49 Obersenatsrat Josef Gräf feiert heute seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlass fand im Büro des Jubilars eine kleine Feier statt, bei der die überaus grosse Wertschätzung und Verehrung, deren sich Obersenatsrat Gräf bei der Beamtenschaft erfreut, in herzlicher Weise zum Ausdruck kam. Die Beamten der Magistratsabteilung 49 überreichten dem Jubilar sein Oelporträt, ein Werk des Malers Hössl.

.....
Wien im Schnee. Heute in den ersten Morgenstunden setzte ein überaus heftiger Schneefall in Wien ein. Der städtische Fuhrwerksbetrieb und die städtischen Strassenbahnen setzten alle ihre verfügbaren Kräfte zur Schneesäuberung ein. Der städtische Fuhrwerksbetrieb stellte in den Dienst der Schneesäuberung über tausend ständige Strassenarbeiter und fünftausend Schneearbeiter. Es werden der gesamte Wagenpark, das sind 11 Autoschneepflüge und 235 Pferdeschneepflüge verwendet. Die Schneesäuberungsarbeiten des städtischen Fuhrwerksbetriebes wurden um fünf Uhr früh aufgenommen. Die städtischen Strassenbahnen haben für die Freimachung der Gleise bis jetzt rund 3000 Schneearbeiter aufgenommen. Von 6 Uhr früh an werden die Strassenbahnlinien von 90 Motorschneepflügen mit 134 Anhängern und 12 Pferdeschneepflügen befahren, um grösseren Verkehrsstörungen wirksam entgegenarbeiten zu können.

.....
Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung. Dieser Tage ist das 7. bis 9. Monatsheft der Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien erschienen. Die Mitteilungen, die von der Magistratsabteilung für Statistik regelmässig herausgegeben werden, enthalten diesmal umfassende Darstellungen über die Änderungen des Religionsbekenntnisses in Wien und über den Wiener Strassenbahnverkehr. Ansonsten bringt das neue Monatsheft wieder ein ausführliches statistisches Material.

Wien, am Donnerstag, den 3. Jänner 1929

26.290 Schneearbeiter im Dienste der Schneesäuberung. Die Schneesäuberungsarbeiten, die Mittwoch früh vom städtischen Fuhrwerksbetrieb und von den städtischen Strassenbahnen mit allen verfügbaren Kräften aufgenommen worden sind, wurden auch heute nachts im vollen Umfang fortgesetzt. Der städtische Fuhrwerksbetrieb stellte heute nacht 8330 Schneearbeiter ein, die mit 380 eigenen Strassenarbeitern und 180 Mann der Wiener Gemeindewache die Schneeabräumungsarbeiten besorgten. Heute früh wurden 11.060 Schneearbeiter aufgenommen und 1.016 Strassenarbeiter in den Dienst gestellt. Ferner wurden für die Schneesäuberung 11 Autoschneepflugszüge und 216 Pferdeschneepflüge verwendet. Die Schneeabfuhr wurde mit der neuen Schneeauflademaschine, 22 eigenen und 54 fremden Lastkraftwagen, sowie 626 zweispännigen Fuhrwerken und 92 Kapszügen durchgeführt. Die städtischen Strassenbahnen setzten um 3 Uhr früh 6.900 Schneearbeiter zur Freimachung der Gleise ein. Ausserdem befahren 90 Motorschneepflüge mit 134 Anhängern unablässig die Linien. Wenn kein neuer Schneefall eintritt, wird der städtische Fuhrwerksbetrieb die Schneesäuberungsarbeiten heute abends abbrechen, um sie morgen früh im vollen Umfang fortzusetzen. In diesem Falle findet nicht heute abends, sondern erst morgen früh die nächste Aufnahme von Schneearbeitern statt.

Wähleraufnahme in Wien. Um eine rasche Ueberprüfung der Wähleranlageblätter durch die Beauftragten des Magistrates zu ermöglichen, ersucht der Magistrat die Hauseigentümer und deren Stellvertreter (Hausverwalter und Hauswarte) dafür Sorge zu tragen, dass die Parteien die zur Ueberprüfung erforderlichen Dokumente rechtzeitig bereitstellen. Der Tag, an dem der Beauftragte des Magistrates in die einzelnen Häuser kommt, wird rechtzeitig mitgeteilt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in Simmering die Brauhubergasse, Domnesgasse, Hugogasse, Sedlitzkygasse, Drischützgasse, Greifgasse und Felsgasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

Hauspersonalabgabe bei Pfarren. Vor dem Verwaltungsgerichtshof fand kürzlich die Verhandlung über die beiden Beschwerden der Pfarrverweser der Pfarren Schottenfeld und St. Ulrich gegen die Verschreibung der Hauspersonalabgabe für das von ihnen verwendete Hauspersonal für die Jahre 1924 bis einschliesslich 1926 statt. Die Beschwerdeführer bekämpften die Abgabeverschreibung aus dem Grunde, weil sie als Ordenspriester nur auf Verfügung des Abtes den inkorporierten Pfarren verstünden, ebenso wie die übrigen Ordensbrüder den Pfarren nur zugeteilt würden. Auch das Dienstpersonal werde vom Stifte Schotten zugeteilt und stehe nur zu diesem in einem Vertragsverhältnis. Die Beschwerdeführer seien als Ordenspriester vermögensunfähig und könnten daher keinen selb - ständigen Haushalt führen. Die beiden Beschwerden wurden als unbegründet abgewiesen. In der Begründung führte Präsident Dr. Schuster aus, dass nach dem Paragraph 1 des Hauspersonalabgabegesetzes für die Abgabepflicht eines Haushaltes (Verwendung von zwei oder mehreren Personen zur Verrichtung von Dienstleistungen für sich oder die Mitglieder des Hausstandes ^{die} / erforderlichen Bedingungen in den Beschwerdefällen gegeben seien. Es liegen Einzelhaushalte der Pfarrverweser vor, in die die vom Stift Schotten zugeweilten Kooperatoreneinzubeziehen seien. Die Zusammenrechnung der verwendeten Hausgehilfen in jedem Haushalte entspricht dem Paragraph 1, Absatz 4 des Gesetzes. Auch die Beschäftigung der in den beiden Haushalten verwendeten Hausgehilfen entspreche den Bedingungen des Gesetzes. Dass den Pfarrverwesern als Haushaltungsvorständen nicht die volle wirtschaftliche Selbstständigkeit zukomme (- das Hauspersonal wird nämlich vom Stifte Schotten aufgenommen, bezahlt und entlassen und die sämtlichen Kosten des Haushaltes werden vom Stifte getragen -) sei für die Frage der Abgabepflicht des Haushaltes ohne Belang. Die Abgabebeschwerdekommision war bei der Verhandlung durch Dr. Robert Faltl vertreten.

Rückgang der Sterblichkeit in Wien. Wie die Magistratsabteilung für Statistik ^{letzten} mitteilt, sind gegenüber 1.992 Todesfällen im Oktober und 1.995 Todesfällen im November 1927 im November 1928 nur 1.930 Todesfälle zu verzeichnen. Davon waren 989 Männer und 941 Frauen. Die häufigsten Todesursachen waren der Krebs, die Lungen- und Kehlkopftuberkulose, Gehirnschlag und schliesslich epidemische Krankheiten. An Lebendgeburten sind gegenüber 1.413 im November 1927 im vergangenen November 1.502 zu verzeichnen. Davon sind 768 Knaben und 734 Mädchen. Die Bevölkerung Wiens machte am 30. November 1,856.396 Einwohner aus.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

3

Wien, am Donnerstag, den 3. Jänner 1929

Zweite Ausgabe.

.....
Das neue Theatergesetz und die Bundespolizeiorgane. Geheüber der Mit-
teilung in einigen heutigen Tageszeitungen, wonach der Theaterdirek-
torenverband sich an die Polizeidirektion mit dem Ersuchen gewendet
habe, die Polizeiorgane wie bisher in die Theater zu entsenden, wird
festgestellt, dass Herr Doktor Richard Pressburger als Syndicus dieses
Verbandes mitteilt, er wisse von einem solchen Ersuchen nichts und er
müsse die Mitteilung für unrichtig halten, weil so weittragende Be-
schlüsse stets nur im Einverständnis mit ihm gefasst werden.
.....

Wien, am Freitag, den 4.Jänner 1929

Rodeln und Skilaufen im Wiener Gemeindegebiet ausnahmslos verboten. Das Rodeln und Skilaufen war bis jetzt in Döbling auf der Sieveringerstrasse ausserhalb des Linienamtes, auf der Krapfenwaldgasse oberhalb der Gastwirtschaft auf der Salmannsdorfer Höhe oberhalb des Linienamtes, in der Hartäckerstrasse oberhalb der Borkovskygasse, auf dem Verbindungsweg vom Eichelhof bis zur Kahlenbergerstrasse und vom Eichelhof bis Burgstall, auf dem Muckenthalerweg von der Krapfenwaldgasse bis zur Wildgrube und auf dem Waldgrabenweg bis zur Eisernen Hand gestattet. Es haben sich aber nach den Mitteilungen der Polizeibehörde Uebelstände ergeben. Der Wiener Magistrat hat deshalb aus Sicherheits- und verkehrspolizeilichen Gründen das Rodeln, Skilaufen und Anlegen sogenannter "Schleifen" auf allen öffentlichen Strassen, Gassen, Wegen und Plätzen im Wiener Gemeindegebiet ausnahmslos verboten. Nach einer Magistratskundmachung darf der mit Zustimmung der Grundeigentümer auf Privatgrundstücken betriebene Rodel- und Skisport nur derart ausgeübt werden, dass unter keinen Umständen öffentliche Verkehrswege, auch nicht im Auslaufe, berührt werden.

Der Schneefall in Wien. Die Schneeabräumungsarbeiten in Wien werden im grössten Umfange und mit möglichster Beschleunigung fortgesetzt. Heute nachts hat der städtische Fuhrwerksbetrieb mit rund 600 Schneearbeitern die Schneesäuberungsarbeiten weiter durchgeführt. Heute früh wurden 13.123 Schneearbeiter aufgenommen, die mit 1030 eigenen Strassenarbeitern in den Dienst der Schneesäuberung gestellt wurden. Für die maschinelle Schneesäuberung und für die Schneeabfuhr werden 11 Autoschneepflüge, 210 Pferdeschneepflüge, die neue Schneeauflademaschine, 25 eigene und 55 fremde Lastkraftwagen, sowie 822 zweispännige Fuhrwerke und 72 Kapszüge verwendet. Die städtischen Strassenbahnen liessen heute nachts zur weiteren Freimachung der Strecken die Linien von ihren Motorschneepflügen befahren. Heute früh wurden 5600 Schneearbeiter zur Säuberung der Gleise aufgenommen.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, beginnen jetzt folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Modistenarbeiten und Frisieren. Einschreibungen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr in der Schulkanzlei.

Wien, am Samstag, den 5. Jänner 1929

Die städtische Ausfallhaftung für Russlandlieferungen. Am Donnerstag hielt der Beirat für die Gemeindehaftung bei Russlandaufträgen eine Sitzung ab, in der noch Aufträge von 515,481'45 Dollar genehmigt wurden. Vom November 1927 bis Dezember 1928 hat der Beirat in zehn Sitzungen die Gemeindehaftung für Russlandgeschäfte im Ausmass von 6,500.801'97 Dollar genehmigt. Insgesamt sind nun durch die Gemeindehaftung für 7,016.283'42 Dollar (rund 49 Millionen Schilling) Russlandgeschäfte ermöglicht worden. Davon entfällt etwas mehr als die Hälfte auf zweijährige Kredite, während die kleinere Hälfte vierjährige Kredite umfaßt.

Vierhunderttausend Schilling für die Schneesäuberung. Die Kosten für die bisherigen Schneeabräumungsarbeiten, die vom städtischen Fuhrwerksbetrieb durchgeführt werden, betragen rund vierhunderttausend Schilling. Die Schneesäuberungsarbeiten sind im vollen Gange. Die städtischen Strassenbahnen haben heute 2137 Schneearbeiter eingestellt. Der städtische Fuhrwerksbetrieb verwendete heute nachts gegen 600 Schneearbeiter und hat heute früh 13.886 Schneearbeiter eingestellt, die mit 1064 Strassenarbeitern die Schneeabräumungsarbeiten besorgen. Für die maschinelle Schneesäuberung und für die Schneeabfuhr werden 136 Pferdeschneepflüge, 11 Autoschneepflüge, 25 eigene und 62 fremde Lastkraftwagen, sowie 990 zweispännige Fuhrwerke und 92 Kapszüge verwendet. Die neue Schneeaufłademaschine leistet ebenfalls vorzügliche Dienste.

Wohnung und Städtebau. Das Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum eröffnet am nächsten Mittwoch im Gebäude der Gartenbaugesellschaft, I., Parkring 12, eine Sonderausstellung "Wohnung und Städtebau". Diese neue Abteilung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums wird durch klare Uebersichtlichkeit und ausstellungstechnische Einzelheiten das Sozialmuseum als modernes Bildungsmittel noch weiter populär machen. Die Eröffnung dieser Ausstellung wird Bürgermeister Seitz vornehmen. Der Eröffnung wird auch der Bürgermeister von Berlin-Kreuzberg Dr. Karl Herz beiwohnen.

Verwaltungsakademie der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien errichtet für ihre Beamten eine Verwaltungsakademie. Zur näheren Information verweisen wir auf die heutige Beilage.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr mittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Gemeinderat wurde nicht einberufen.

Richtigstellung.

In der Ausgabe der Rathauskorrespondenz Nummer 5 von heute soll es in der Meldung "Starker Besuch der städtischen Mutterberatungsstellen " heissen: In der Kinderübernahmestelle der Stadt Wien, in die im Jahre 1927 insgesamt 7623 Kinder überstellt worden sind, wurden im Juli, August und September des Vorjahres 2135 Kinder aufgenommen. Davon waren 1197 (nicht 353) Knaben und 938 (nicht 288) Mädchen.

---.---.---.---.---

Wien, am Samstag, den 5. Jänner 1929 Zweite Ausgabe

.....

Die Kindermisshandlung in der Brigittenau. Ein Abendblatt berichtet heute über die Misshandlung von drei Kindern in der Brigittenau. Dazu teilt das städtische Jugendamt mit: Am 29. November 1928 beklagte sich Frau Anna Lacina anlässlich einer ärztlichen Untersuchung ihrer drei Kinder in der Mutterberatungsstelle des Bezirksjugendamtes Brigittenau über ihren Mann, dass er die Kinder lieblos behandle, herumstosse und bei jeder Gelegenheit schlage. Der Mann sei Trinker. Sie bat, dem Manne von dieser Anzeige nichts zu sagen. Vielleicht werde die Überwachung eine Besserung herbeiführen. Noch am selben Tag besuchte die Sprengelfürsorgerin die Kinder in der Wohnung. Sie konnte jedoch nichts Auffälliges an den Kindern konstatieren. Die zuständige Fürsorgerin berichtete aber, dass sie ebenfalls von einer schlechten Behandlung der Kinder durch den Vater wisse. Am 13. Dezember machte die Fürsorgerin einen Hausbesuch, bei dem Johann Lacina mit zwei Kindern angetroffen wurde. Die Wohnung war sauber, die Kinder verhältnismässig rein, keineswegs verschüchtert. Misshandlungsspuren konnten nicht wahrgenommen werden. Bei der kurz darauf vorgenommenen ärztlichen Untersuchung der Kinder in der Mutterberatungsstelle wurden ^{auch} keine Misshandlungsspuren festgestellt. Am 17. Dezember erstattete eine Fürsorgerin eine polizeiliche Anzeige, auf Grund deren eine polizeiärztliche Untersuchung erfolgte. Der Befund ergab, dass derzeit an den Kindern keine Verletzungen oder deren Spuren nachweisbar sind. Trotzdem erstattete das Jugendamt am 29. Dezember die Anzeige an das Jugendgericht. Am 2. Jänner wurde dem Jugendamt mitgeteilt, dass Lacina am 30. Dezember die Kinder und die Frau misshandelt hätte. Die Sprengelfürsorgerin erstattete daraufhin sofort ^{eine neuerliche} polizeiliche Anzeige. Am 3. Jänner wurde dem Jugendamte folgender polizeiärztlicher Befund be-

kanntgegeben: Adele Lacina, das jüngste Kind: Am rechten Stirnbein und am rechten Jochbein gelbgrünliche Blutunterlaufungen nach Quetschung, entstanden durch Gewaltanwendung. Frau Lacina wurde mit den Kindern sofort in das Fürsorgeinstitut bestellt und ihr die Überstellungsbogen für alle drei Kinder in die Übernahmestelle ausgefolgt. Nach Abgabe des Aufnahmebeamten der Kinderübernahmestelle hat sich die Mutter gegen die Abgabe der Kinder gewehrt. Die mit ihr erschienene Stiefgrossmutter erklärte sich bereit, die zwei jüngsten Kinder zu sich zu nehmen. Da das älteste Kind tagsüber im Kindergarten ist, der Vater bereits in Haft genommen war, bestand kein Anlass, eines der Kinder in Gemeindepflege zu übernehmen. Eine gestzliche Handhabe, gegen den Willen der Mutter die Kinder zurückzubehalten, besteht solange nicht, als nicht das Jugendgericht eine diesbezügliche Entscheidung auf Grund der Anzeige des Jugendamtes vom 29. Dezember trifft.

Stromstörung. Heute abends entstand in der Transformatorenanlage in der Substation im chemischen Institut in der Währingerstrasse der Unterstation Währing der städtischen Elektrizitätswerke ein Brand. Dadurch trat von 17'45 Uhr bis 18'01 Uhr in den Bezirken Alsergrund, Ottakring, Hernals, Währing und Döbling eine Störung im Strassenbahnverkehr ein. Diese Störung, die mit Unterbrechungen 16 Minuten dauerte, wurde durch Umschaltungen behoben. Von der durch den Brand hervorgerufenen Lichtstörung von 17'45 Uhr bis 20 Uhr waren jene Gebiete der Josefstadt, des Alsergrundes und von Währing betroffen, die mit Wechselstrom versorgt werden. Auch diese Störung wurde durch entsprechende Umschaltungen behoben.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 7. Jänner 1929

.....
Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder dem Ehepaare Markus und Nanette Stein zu seiner diamantenen Hochzeit und den Ehepaaren Johann und Barbara Barth, Wenzel und Anna Filip, August und Anna Pawlik und Wenzel und Marie Prazak anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.
.....

.....
Alle Wiener Hauptverkehrsstrassen vom Schnee geräumt. Die vom städtischen Fuhrwerksbetrieb durchgeführten Schneesäuberungsarbeiten sind so weit vorgeschritten, dass bereits alle Wiener Hauptverkehrsstrassen vom Schnee geräumt sind. Von Samstag abends bis heute wurden 2.150 eigene Strassenarbeiter und nicht weniger als 19.252 Schneearbeiter zu den Schneeabräumarbeiten herangezogen. Für die maschinelle Schneesäuberung und für die Schneeabfuhr wurden Sonntag 46 Pferdeschneepflüge, 40 eigene und 24 fremde Lastkraftwagen, sowie 526 zweispännige Fuhrwerke und 39 Kapszüge verwendet. Heute wurden 86 Pferdeschneepflüge, 44 fremde und 24 eigene Lastkraftwagen, die neue Schneeauflademaschine, sowie 725 zweispännige Fuhrwerke und 77 Kapszüge in den Dienst gestellt.
.....

.....
Bezirksvortretung Mariahilf. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf wird am Donnerstag, den 31. Jänner, um 18 Uhr im Sitzungssaale der Bezirksvortretung abgehalten.
.....

.....
Starker Besuch der städtischen Mutterberatungsstellen. Die Institution der städtischen Mutterberatungsstellen findet in der Bevölkerung immer grössere Beachtung. In den Monaten Juli, August und September des Vorjahres wurden die 35 Wiener städtischen Mutterberatungsstellen von nicht weniger als 44.047 Müttern aufgesucht. Die Aerzte untersuchten 1.566 Säuglinge bis zu einem Monat, 19.515 von zwei bis zwölf Monaten, 18.861 Kleinkinder von einem bis zu sechs Jahren und schliesslich 4.105 Schulkinder über sechs Jahre. In der Kinderübernahmestelle der Stadt Wien, in die im Jahre 1927 insgesamt 7623 Kinder überstellt worden sind, wurden im Juli, August und September des Vorjahres 2.135 Kinder aufgenommen. Davon waren 353 Knaben und 288 Mädchen. 722 Kinder wurden wegen Erhaltungsunvermögens der Eltern, 1.160 wegen Fehlens der mütterlichen Obhut und schliesslich 253 wegen Untauglichkeit der Umgebung in die Fürsorge der Kinderübernahmestelle übernommen.
.....
.....

Wien, am Montag, den 7. Jänner 1929

Zweite Ausgabe

.....

Zahlreichere Erkältungserkrankungen in Wien. Obwohl für die praktischen Ärzte die Pflicht zur summarischen Anzeige der allwöchentlich neu zugewachsenen Grippefälle in Wien bereits besteht, sind, wie das städtische Gesundheitsamt mitteilt, gegenwärtig noch keine amtlichen Anmeldungen von Grippeerkrankungen zu verzeichnen. Wohl aber treten jetzt den Witterungsverhältnissen entsprechend Erkrankungen der Atmungsorgane häufiger auf; eigentliche Grippeerkrankungen jedoch sind nur ganz vereinzelt. So wurden heute zum Beispiel dem Zentralbettennachweis sechszehn fieberhafte, aber nur zum Teil grippeverdächtige Erkrankungen zur Spitalsunterbringung angemeldet. Die, wie schon erwähnt, jetzt häufiger auftretenden Erkältungserkrankungen, die mit Fieber einhergehen, werden in zahlreichen Fällen als Grippeerkrankungen angesehen, obwohl sie keine eigentlichen Grippefälle sind.

.....

Keine Geschenke an städtische Beamte. Dem Vorstand einer Magistratsabteilung, die mit der Vergebung von Lieferungen befasst ist, wurde ein Geschenk in Form von zweihundert Schillingmünzen in Gold während seiner Abwesenheit in die Wohnung zugestellt. Das Geld stammt vermutlich von einem städtischen Kontrahenten. Der Beamte hat pflichtgemäss die Anzeige erstattet. Der Betrag wurde einem Fürsorgezweck der Gemeinde gewidmet. Der Magistrat macht aus diesem Anlass öffentlich darauf aufmerksam, dass derartige Geschenkanbote absolut unzulässig sind und der Geschenkgeber sich der strafrechtlichen Verfolgung aussetzt.

.....

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. In der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V. Margaretenstrasse 152, beginnen jetzt folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Modistenarbeiten und Frisieren. Einschreibungen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr.

.....

Wien, am Dienstag, den 8.Jänner 1929

.....
Gegen die Drosselung der polnischen Schweinezufuhren. Die Forderung gewisser agrarischer Kreise nach Drosselung der polnischen Schweinezufuhren haben eine Abwehrbewegung des Gremiums der Wiener Viehhändler, der Vereinigung der Gewerbetreibenden der Grossmarkthalle und der Fachgruppe fleischverarbeitender Gewerbe im Verbands der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden ausgelöst. Die genannten Organisationen haben an Bürgermeister Seitz eine Eingabe gerichtet, in der sie darauf aufmerksam machen, dass durch den soeben wirksam gewordenen österreichisch-jugoslawischen Handelsvertrag schon eine sehr beträchtliche Erhöhung der Einfuhrzölle für lebende und geschlachtete Schweine in allernächster Zeit eintreten werde. Diese beträchtliche Zollerhöhung wird nach fachmännischer Schätzung in kürzester Zeit zu einer weitgehenden Einschränkung der polnischen Schweinezufuhren führen, was eine Steigerung der Schweinepreise in Wien bewirken wird. In der Eingabe wird weiters darauf verwiesen, dass die Vieh- und Fleischzufuhren aus Polen die Grundlage der städtischen Fleischversorgung bilden. Dies war auch vor dem Krieg nicht anders. Wöchentlich werden aus Polen 8000 bis 12.000 Lebendschweine und ungefähr 50 Waggons Fleischwaren eingeführt. Infolge der einwandfreien Beschaffung und Billigkeit hat diese Beschickung eine ausschlaggebende Bedeutung für den Wiener Markt erlangt. Die drei erwähnten Vereinigungen treten dann der Behauptung der agrarischen Kreise entgegen, dass durch die polnischen Schweinezufuhren im Jahre 1928 ein stärkerer Verbrauch ausländischen Schweinefleisches eingetreten sei. Auf Grund der amtlichen statistischen Zusammenstellungen über die Gesamtzufuhr an lebenden und geschlachteten Schweinen und an Schweinefleisch in St. Marx und in der Grossmarkthalle wird festgestellt, dass mongenmässig kein vergrösserter Schweinefleischverbrauch im Jahre 1928 erfolgt ist. Es hat sich nur eine Verschiebung im Konsum nach der Beschaffenheit des Fleisches ergeben. So betrug der gesamte Auftrieb von Fleischschweinen 452.041 Stück im Jahre 1927. Davon aus Polen 343.059 Stück und an Fettschweinen 302.603 Stück. Im Jahre 1928 war ein Gesamtauftrieb von Fleischschweinen von 672.885 Stück, davon aus Polen 596.116 Stück. Fettschweine wurden 186.718 gezählt. Der erhöhten Einfuhr von Fleischschweinen im Jahre 1928 steht somit ein Rückgang der Einfuhr von Fettschweinen um 115.885 Stück gegenüber, deren Gewicht dem Mehr an eingeführten Fleischschweinen nahezu gleichkommt. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Konsumenten das Fleisch der Fleischschweine dem der Fettschweine vorziehen. Dies kommt auch sehr deutlich in den Zufuhren von geschlachteten Schweinen und von Schweinefleisch in der Grossmarkthalle zum Ausdruck. Von

den 387.726 geschlachteten Schweinen, die im Jahre 1927 in die Grossmarkthalle kamen, waren 189.470 aus Polen. Im Jahre 1928 waren von den 569.368 geschlachteten Schweinen 282.204 aus Polen. Das ist eine Steigerung um 92.734 Stück. Hingegen haben sich die Zufuhren an Schweinefleisch im Jahre 1928 in der Wiener Grossmarkthalle um rund 7½ Millionen Kilogramm vermindert, was dem Gewicht von rund 140.000 geschlachteten Fleischschweinen gleichkommt. Der Ausfall an Schweinefleisch übersteigt somit bedeutend die Mehrzufuhr an geschlachteten Schweinen. Wenn nun eine einschneidende Drosselung dieser Zufuhren eintreten sollte, so kann mit Sicherheit gesagt werden, dass ein Ausfall nur durch Heranziehung anderer ausländischer Produktionsgebiete, wie etwa Holland und Dänemark gedeckt werden könnte. Dies aber nur unter sehr bedeutenden Preissteigerungen. Die Inlandsproduktion bringt derzeit kaum mehr als fünf Prozent des Wiener Bedarfes auf. Die Preise für die Schweine aus Holland und Dänemark stellen sich aber um ungefähr 25 Prozent höher als für die polnischen. Eine Drosselung der Kontingentierung der Zufuhr von polnischen Fleischschweinen auf den Umfang von 1927 wäre aber schon aus dem Grunde undurchführbar, weil der Ausfall an Fleischschweinen infolge der bekannten Missernten in Mais in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien entweder gar nicht oder nur durch Heranziehung von Fleischschweinen aus anderen Staaten gedeckt werden könnte. Wichtige Zweige des Handels und der Exportindustrie verlören durch Gegenmassnahmen des polnischen Staates lohnende Absatzgebiete, wodurch die Arbeitslosigkeit noch vergrössert werden würde. Seit der Wiederaufnahme des Wirtschaftsverkehrs mit Polen haben die meisten Firmen des Wiener Vieh- und Fleischhandels sehr bedeutende Kapitalien in Polen eloziert. Würde nun auch nur eine teilweise Beschränkung der Schweinezufuhren erfolgen, so ist es nicht ausgeschlossen, dass grosse Teile des in Polen befindlichen österreichischen Volksvermögens unwiederbringlich verloren gehen. Der Bürgermeister wird aus allen diesen Gründen ersucht, alles zu veranlassen, damit die Forderung nach gänzlicher oder teilweiser Drosselung der polnischen Schweinezufuhren nicht verwirklicht und so eine ernste Bedrohung der Volkswirtschaft hintangehalten werde.

3½ Millionen Badegäste im Amalienbad. Im Jahre 1928 wurde das städtische Amalienbad von insgesamt 1,340.000 Personen besucht. Es sind dies um fast 150.000 Badegäste mehr, als im Jahre 1927. Die Frequenzsteigerung ist mehr als 12 Prozent. Das Amalienbad wurde seit seiner am 9. Juli 1926 erfolgten Eröffnung bis heute von fast 3½ Millionen Personen benützt. An der steten Steigerung des Besuches sind sämtliche Badabteilungen, namentlich aber die Kurabteilung, die Schwimmhalle und das Dampfbad beteiligt.

Wien, am Mittwoch, den 9. Jänner 1929

Ausstellung für Wohnung und Städtebau.Eine neue Bauordnung für Wien.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum hat in den Räumen der Gartenbaugesellschaft am Parkring eine neue Abteilung geschaffen, die der Wohnung und dem Städtebau gewidmet ist. Sie wurde heute im Beisein zahlreicher Gäste, darunter des Bürgermeisters Dr. Herz (Berlin-Kreuzberg) von Bürgermeister Seitz eröffnet. Stadtrat Speiser als Obmann des Museums gab vorerst einen kurzen Ueberblick über die vielfältige Arbeit dieser Institution, die nicht allein in Wien, sondern auch im Deutschen Reich Lob und Anerkennung findet. Direktor Neurath bemerkte, die neue Ausstellung soll vor allem zeigen, was planmässige Stadtgestaltung für die Wohnungshygiene bedeute. Bürgermeister Seitz sagte, das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum ist eingerückt in die Reihe der ersten Bildungsstätten unserer Stadt. Es erfüllt uns mit besonderer Freude, dass die hier gepflegte Art der Bilddarstellung in der Welt als eine Wiener Schöpfung anerkannt und nachgeahmt wird. Zur Durchführung einer modernen Bautätigkeit bedarf es des Verständnisses und der Unterstützung der breiten Massen. Das ganze Volk muss von der Erkenntnis der grossen Bedeutung der Wohnkultur für die Gesellschaft durchdrungen sein. Die Gemeinde Wien wird ihre Bautätigkeit mit aller Energie fortsetzen. Wir werden in nächster Zeit auch die neue Bauordnung vorlegen. Es kann auch wieder eine Zeit kommen, in der, wenn auch mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, doch auch die private Bautätigkeit platzgreift. Wir müssen daher der Wiener Bevölkerung eine gute Bauordnung sichern, die verhindert, dass die geradezu schandbaren Bauformen der 80er und 90er Jahre wieder aufleben. Dieses Museum soll die Erkenntnis verbreiten von der grossen Bedeutung gesunden und zweckmässigen Wohnens. (Lebhafter Beifall). Unter Führung des Direktors Neurath besichtigten der Bürgermeister und die übrigen Gäste sodann die Ausstellung.

Kürzung der Strassenbahnlinie H2. Während der Wintermonate wird die Strassenbahnlinie H2 anstatt bis zur Hauptallee nur bis zur Schüttelstrasse geführt.

Verlängerung der Einzahlungsfrist für die Kraftwagenabgabe. Der Magistrat hat die Frist für die Zahlung der im Monat Jänner 1929 fälligen Abgabebeträge bis 31. Jänner verlängert. Die Abgabebeträge für Februar und für die weiteren Monate sind nach wie vor bis längstens 10. jedes Monates einzuzahlen.

Wien, am Donnerstag, den 10. Jänner 1929

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Wien. Wie schon bekannt, hat die Wiener Gemeindeverwaltung für Persönlichkeiten, die sich um die Stadt Wien besondere Verdienste erworben haben, einen Ehrenring gestiftet, der schon einer Anzahl von Persönlichkeiten verliehen worden ist. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat nunmehr am Mittwoch beschlossen, den Fürsorgeräten Karl Blüml und Johann Gstier in Anerkennung ihres mehr als fünfundzwanzigjährigen verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege den Ehrenring zu verleihen. Johann Gstier ist seit 7. März 1898 Fürsorgerat in Simmering. Karl Blüml wurde am 3. Juni 1902 zum Fürsorgerat in Favoriten gewählt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird in der Josefstadt auf der Seitenfahrbahn der Landesgerichtsstrasse und in Ottakring in der Friedmanngasse und Gaullachergasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt. Ebenso wird auf dem Alsergrund die Lichtenthalergasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

Jubilare der Ehe. Am Mittwoch überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder dem Ehepaare Franz und Marie Kolba zur diamantenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

1,1 Millionen Schilling für die Schneesäuberung. Die vom städtischen Fuhrwerksbetrieb durchgeführten Schneeabräumungsarbeiten werden unvermindert fortgesetzt. Die Wiener Hauptverkehrsstrassen sind vom Schnee bereits vollkommen geräumt. Die gegenwärtigen Arbeiten erstrecken sich auf die Freimachung der weniger verkehrsreichen Strassen. Die Kosten für die Schneeabräumungsarbeiten betragen bis einschliesslich Mittwoch bereits 1,1 Millionen Schilling. Von Dienstag bis heute wurden nicht weniger als 24.588 Schneearbeiter aufgenommen, die mit 2.989 Strassenarbeitern für die Schneeabräumungsarbeiten verwendet wurden. Für die Schneeabfuhr wurden 1.704 zweispännige Fuhrwerke, 171 Kapszüge, sowie 124 fremde und 89 eigene Lastkraftwagen verwendet. Die Schneeaufłademaschine leistet ebenfalls vorzügliche Dienste. Bei der vorübergehenden Vereisung der Strassen wurden ein Streuauto und 14 Streuwagen in den Dienst gestellt.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Kanalräumungsgebühren für Jänner sind unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses für August 1914, beziehungsweise des Monatszinses, der der Bemessung der Wohnbausteuer zugrundegelegt worden ist.

Wien, am Freitag, den 11. Jänner 1929

3.130 Einäscherungen im Wiener Krematorium. Die Zahl der Einäscherungen hat in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. Das Krematorium der Stadt Wien hat bekanntlich am 17. Jänner 1923 seinen Betrieb aufgenommen. In diesem Jahr wurden 835 Leichen eingeäschert. Im nächsten Jahr betrug die Zahl der Einäscherungen schon 1.424. Im Jahre 1925 wurden 1.880 Verstorbene der Einäscherung zugeführt. 1926 betrug die Zahl der Einäscherungen 2.391. Diese Zahl stieg im Jahre 1926 auf 2391. Die Steigerung hielt auch 1927 an, in welchem Jahre 2.915 Einäscherungen zu verzeichnen sind. Im Vorjahr wurden 3.130 Leichen eingeäschert. Davon waren 1.859 Männer und 1.271 Frauen. Der römisch-katholischen Religion gehörten 1.841 Verstorbene an, der evangelischen 267, der mosaischen 245, der altkatholischen 81, der griechisch-orthodoxen 7 und der griechisch-katholischen 1. Konfessionslos waren 688. An Einsegnungen wurden nach altkatholischem Ritus 709, nach evangelischem Ritus 268 und schliesslich nach griechisch-orthodoxem Ritus 3 vorgenommen. 2803 Leichen wurden in der Zeremonienhalle aufgebahrt. Unter den Eingeäscherten waren 99 Kinder. 311 Leichen kamen von auswärts zur Einäscherung nach Wien. Im Dezember des Vorjahres allein wurden 254 Verstorbene eingeäschert. Davon waren 153 Männer und 101 Frauen.

Neue Berufsfeuerwachen in Wien. Amtsführender Stadtrat Linder wird übermorgen Sonntag zwei neue Berufsfeuerwachen der städtischen Feuerwehr feierlich ihrer Bestimmung übergeben. Die eine Feuerwache befindet sich in Neustift am Walde und die zweite in Strobersdorf. Die Feuerwache Neustift am Walde ist mit drei Geräten und 22 Mann ausgerüstet. Sie hat in ihrem engeren Ausrückungsbereich in Neustift am Walde, Pötzleinsdorf, Ober Sievering und Salmansdorf den Feuerschutzdienst zu besorgen. Die Berufsfeuerwache in Strobersdorf ist mit zwei Geräten ausgerüstet. Diese werden im Wechseldienste von zwölf Mann besetzt.

Wohnung und Städtebau. Bekanntlich hat das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien in den Ausstellungsräumen der Gartenbaugesellschaft, I., Parkring 12 ein Filialmuseum eingerichtet, das der Wohnung und dem Städtebau gewidmet ist. Die neue Ausstellung wurde am letzten Mittwoch von Bürgermeister Seitz feierlich eröffnet. Die Ausstellung ist Montag und Donnerstag von 17 bis 19 Uhr und an Sonntagen von 9 Uhr bis 13 Uhr geöffnet. Anlässlich der Eröffnung dieser Filialausstellung hält dort übermorgen Sonntag um 11 Uhr vormittags der Wiener Architekt Professor Dr. J. Frank einen allgemein zugänglichen Vortrag über "Die neue Wohnung".

Wien, am Samstag, den 12.Jänner 1929

18.865 elektrische Lampen für die Strassenbeleuchtung. Die Gemeinde Wien hat seit fünf Jahren in einer planmässigen Arbeit die elektrische Strassenbeleuchtung auf einen aussergewöhnlich hohen Stand gebracht. Die Durchführung der öffentlich elektrischen Beleuchtung wurde am 2. September 1923 begonnen und erreichte im Jahre 1928 ihren Höhepunkt. Bei Beginn der Aktion gab es in Wien nur 2.023 elektrische Lampen für die Strassenbeleuchtung, die in den Jahren 1902 bis 1914 auf einer Strassenlänge von 47'4 Kilometern errichtet worden waren. Seit dem Jahre 1923 hat die Gemeindeverwaltung jedes Jahr eine stets steigende Zahl von elektrischen Lampen installiert. Im Jahre 1924 waren es erst 2.196, aber schon im Jahre 1925 stieg diese Zahl auf 3.228; im Jahre 1926 wurden 3.639 Lampen angebracht, im Jahre 1927 ist ein kleiner Rückgang auf 3.410 festzustellen, während im Jahre 1928 nicht weniger als 4.290 elektrische Lampen montiert worden sind. Ende 1928 waren 18.865 elektrische Strassenlampen in Betrieb. Es sind jetzt in Wien 551'96 Kilometer Strassen elektrisch beleuchtet, gegenüber 47'4 Kilometern vor dem Krieg. Die Umgestaltung der öffentlichen Gasbeleuchtung auf elektrische Beleuchtung wird fortgesetzt und im Voranschlag für das Jahr 1929 ist abermals die elektrische Beleuchtung von 242 Strassen mit einer Gesamtlänge von 120 Kilometern enthalten, so dass am Ende dieses Jahres bereits 672 Kilometer Strassen elektrisch beleuchtet sein werden. Vom Jahre 1923 bis zum Jahre 1928 hat die Gemeinde mehr als acht Millionen Schilling für die Umgestaltung der Strassenbeleuchtung verausgabt. Diese Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung ist vor allem auf die Errichtung der zwei städtischen Wasserkraftwerke in Opponitz und Kienberg-Gaming zurückzuführen, deren Nachtstrom dabei Verwendung findet.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittag der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde nicht einberufen.

Erholungsfürsorge für erwerbstätige Jugendliche. Die Lehrlingsfürsorgeaktion beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, die auch in den Wintermonaten ihre Tätigkeit fortsetzt, entsendet am nächsten Donnerstag eine grössere Anzahl von Lehrlingen nach Bad Fischau an der Schneebergbahn und Lehrmädchen nach Schloss Neulengbach. Anmeldungen bei den nächstgelegenen Bezirksstellen der Arbeiterkrankenkassensicherungskasse des Wohnbezirkes. Arbeitslose und schulentlassene Jugendliche können sich täglich in der Geschäftsstelle der Lehrlingsfürsorgeaktion, I., Hanuschgasse 3, melden. Am Sonntag, den 27. Jänner, um 9 Uhr vormittags veranstaltet die Lehrlingsfürsorgeaktion im Festsaal des Arbeiterheimes Ottakring eine Wiedersehensfeier der ehemaligen Pfleglinge der Erholungsheime.

Professor Dr. Wagner-Jauregg ärztlicher Berater "Am Steinhof". Professor Dr. Wagner-Jauregg hat es übernommen, in der Landes Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" zunächst als Berater bei der Malariabehandlung der Paralytiker tätig zu sein. Er hat sich ausserdem bereit erklärt, der Anstalt auch in anderen Fragen über Wunsch mit seinem Rate zu dienen. Heute vormittags hat Professor Dr. Wagner-Jauregg mit dem amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler die Anstalt zum erstenmal besucht und sich mit den Aerzten über die Arbeitsmöglichkeiten beraten. Professor Dr. Wagner-Jauregg wird seine ehrenamtliche Tätigkeit in den nächsten Tagen aufnehmen.

Ausgestaltung des Volksbades in der Vereinsgasse. Bekanntlich unterhält die Gemeinde Wien in der Leopoldstadt in der Vereinsgasse 31 ein Volksbad, das einen sehr starken Zuspruch hat. In dem Bad wurde nun eine Wannenbadabteilung errichtet, die am nächsten Samstag eröffnet wird.

107.806 Arbeitslose im Dienste der Schneesäuberung. Vom 2. Jänner an bis heute hat der städtische Fuhrwerksbetrieb nicht weniger als 107.806 Arbeitslose zu den Schneeabräumungsarbeiten herangezogen. Freitag und Samstag wurden die Schneeabräumungsarbeiten von 2.032 Strassenarbeitern und 12.414 Schneearbeitern besorgt. Für die Schneeabfuhr wurden 979 zweispännige Fuhrwerke, 105 Kapszüge, die Schneeaufłademaschine, sowie 59 fremde und 53 eigene Lastkraftwagen verwendet.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. In der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, beginnen jetzt folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Modistenarbeiten und Frisieren. Einschreibungen täglich von 8 bis 14 Uhr.

453.220 Gaskonsumenten in Wien. Im Dezember 1928 wurden in Wien 1.567 neue Gasmesser aufgestellt, sodass die städtischen Gaswerke am 31. Dezember 1928 nicht weniger als 453.220 Gaskonsumenten zählten gegenüber 211.815 Gasabnehmern, die am 31. Dezember 1913 in Wien waren. Im Jahre 1928 wurden 100 Häuser mit 679 Wohnungen mit Teilzahlungsgasanlagen eingerichtet.

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10.30 Uhr vormittags die Nationalrätin Emmy Freundlich über "Produktion und Verbrauch in Oesterreich".

Wien, am Montag, den 14. Jänner 1929

Der Ausbau des Wiener Feuerschutzes. Bekanntlich führte die Wiener Gemeindeverwaltung in den letzten Jahren eine Reorganisation des Wiener Feuerschutzes durch. Der Feuerschutzdienst für ganz Wien wurde der Wiener Berufsfeuerwehr übertragen. Während im Jahre 1920 die städtische Feuerwehr nur 12 Feuerwachen in Wien hatte, verfügt sie heute mit der auch mit dem Fernlöschzug ausgestatteten Zentrale Am Hof über 27 Haupt- und Nebenwachen. In den nächsten Monaten werden noch Feuerwachen in Grinzing, Kahlenbergerdorf, im Ottakring in der Steinhofstrasse und in Aspern errichtet werden, womit dann die Reorganisation des Wiener Feuerschutzes abgeschlossen sein wird. Gestern Sonntag wurden die Feuerwachen Neustift am Walde und Strebersdorf in den Dienst gestellt. Dort waren bisher freiwillige Feuerwehren tätig, die nun gestern anlässlich der feierlichen Eröffnung der beiden Feuerwachen durch den amtsführenden Stadtrat Linder von der Berufsfeuerwehr abgelöst wurden. Stadtrat Linder würdigte die aufopferungsvolle Arbeit, die die freiwilligen Feuerwehren im Dienste des Feuerschutzes für die Bevölkerung geleistet haben, und stattete ihnen im Namen der Stadtverwaltung den herzlichsten Dank ab. Dann überreichte er den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Neustift am Walde, die 49 Jahre bestanden hat, Johann Rosenmayer, Alois Rath und Michael Gregory das ihnen vom Wiener Landeshauptmann verliehene Ehrenzeichen für vierzigjährige eifrige und erspriessliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens. Adolf Bonholzer, Franz Hirschauer und Georg Pichler wurden mit dem Ehrenzeichen für fünfundzwanzigjährige Tätigkeit ausgezeichnet. Dem Löschmeister Michael Berthold der freiwilligen Feuerwehr Strebersdorf, die fünfzig Jahre wirkte, überreichte Stadtrat Linder das Ehrenzeichen für vierzigjährige Tätigkeit. Den übrigen Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren händigte Stadtrat Linder ein Anerkennungsdiplom ein. An der Eröffnung der beiden Berufsfeuerwachen nahmen Branddirektor Ingenieur Wagner, die Bezirksvorsteher Klopell und Bretschneider, sowie die dienstfreien Offiziere der Wiener Berufsfeuerwehr und der Kommandant des Verbandes der Wiener freiwilligen Feuerwehren Keller mit vielen anderen Festgästen teil.

Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 22. Jänner, um 16'30 Uhr im Sitzungssaale des Gemeindehauses statt.

.....

Gasexplosion auf der Flötzersteigbrücke. Die Direktion der Gaswerke erhielt heute nachmittags die Verständigung, dass auf der Flötzersteigbrücke in Hietzing ein starker Gasgeruch wahrgenommen werde. Es wurde sofort eine Arbeitsgruppe dorthin entsendet. Die Gasarbeiter suchten nun nach der Ursache der Gasausströmung. Dabei entstand vermutlich durch das Aufschlagen eines Krampers ein Funke, der das in einem sehr umfangreichen Hohlraum im stadtseitigen Brückenpfeiler, der beim Bau der Brücke für einen Stiegenabgang vorgesehen war, angesammelte Gasluftgemisch zur Explosion brachte. Von diesem Brückenpfeiler und von den Geländepfeilern wurden durch den grossen Luftdruck schwere Eisen- und Betonteile abgesprengt, wobei vier bei der dort befindlichen Haltestelle der Strassenbahn wartenden Passanten getroffen wurden. Ein Verunglückter erlitt so schwere Verletzungen, dass er kurz nach der Überführung in das Wilhelminenspital starb. Durch die Explosion wurde das in der Brücke eingebaute Fernsprech- und Telegraphenkabel in Brand gesetzt. Die um 15 Uhr 39 alarmierte Feuerwehr löschte diesen Brand. Diese Aktion war sehr schwierig, weil die Feuerwehrmänner unter ständiger äusserster Gefährdung ihres Lebens arbeiten mussten. Durch die Explosion ist der Verkehr der Strassenbahnlinie 47, die zur Heilanstalt Am Steinhof führt, stillgelegt. Der Betrieb dieser Linie dürfte aber voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages wieder aufgenommen werden. Der Fernsprech- und Telegraphenverkehr nach dem Westen ist ebenfalls gestört.

.....

Wien, am Dienstag, den 15.Jänner 1929

Die Grippeerkrankungen in Wien.Amtsführender Stadtrat Professor Dr.Tandler berichtete heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates über die Bereitstellung des Notspitals der Gemeinde Wien in Meidling als Reservespital für Grippekranken. Schon beim ersten Auftreten der Grippe in Wien wurden auf Grund von Besprechungen mit den Leitungen der Fondsanstalten mehrere Grippezimmer in Wiener Spitälern bereitgestellt. Das Krankenhaus der Stadt Wien hat je ein Grippezimmer für Männer und Frauen zur Verfügung. Sie wurden aber in den letzten Tagen nur vor einzelnen Fällen in Anspruch genommen. Die bisher eingelaufenen Nachrichten über Grippeerkrankungen in Wien zeigen, dass wie in jedem Jahr so auch heuer die Zahl der Erkältungskrankheiten zugenommen hat. In Wien tritt die Grippe kaum nennenswert auf. Im Grossen und Ganzen ist das charakteristische Krankheitsbild der Grippe nur vereinzelt. Fälle von schwerer Grippe sind bis heute noch nicht gemeldet worden. Ebenso liegt auch bis heute noch keine offizielle Meldung über einen Grippetodesfall vor. Die getroffenen sanitären Vorkehrungen werden voraussichtlich vollständig genügen. Es ist kein Zweifel, dass nach den Zeitungsberichten die Zahl der Erkältungskrankheiten und wahrscheinlich auch der Grippe in Berlin eine verhältnismässig hohe ist. Uebrigens lauten die letzten Nachrichten aus Berlin schon günstiger. Sich irgend ein Bild über die Grippeerkrankungen in Amerika zu machen, ist vollkommen ausgeschlossen. Die Meldung über 26.000 Grippetote beruht auf keiner wissenschaftlichen Grundlage. Es wäre nur zu wünschen, dass die Zeitungen nicht durch übertriebene Nachrichten über die Grippe die Bevölkerung beunruhigen.

Die Gasexplosion auf der Flötzersteigbrücke.Den Ingenieuren und Arbeitern des Gaswerkes gelang es noch im Laufe der Nacht, die Ursachen des Gasgebrechens auf der Flötzersteigbrücke festzustellen. Es handelt sich um einen Rohrbruch im stadtseitigen Brückenkopf. Der Rohrbruch ist wahrscheinlich auf Frosteinwirkung zurückzuführen. Das Gebrechen wurde vorläufig provisorisch behoben. Da ein Schieber der Rohrleitung vermutlich durch die Explosion Schaden gelitten hat, wird der Rohrstrang in der Brücke dadurch ausgeschaltet, dass er an beiden Brückenköpfen auseinander geschnitten wird und die Enden verschlossen werden. Diese Arbeiten werden voraussichtlich morgen beendet sein. Die Fernsprech- und Telegraphenleitung ist zum grössten Teil schon wieder in Betrieb. Der Betrieb der Linie 47 wurde heute vormittags aufgenommen.

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hat am Montag wieder eine Reihe von Gemeindesubventionen beschlossen. So erhält die Wiener Messe A.G. auch heuer eine Subvention von 120.000 Schilling. Die Wiener Messe ist heute nach der Leipziger die bedeutendste und meist beachtete mitteleuropäische Messe. Der Oesterreichische Arbeiterabstinertenbund wurde mit 15.000 Schilling subventioniert. Der Arbeiterabstinertenbund hat im Vorjahr einige hundert Vorträge im Dienste der Abstinenz in Wiener Angestellten- und Arbeiterorganisationen veranstaltet. Für das Wiener Sinfonieorchester hat der städtische Finanzausschuss eine Subvention von 10.000 Schilling beschlossen. Das Wiener Sinfonieorchester steht im Dienste des Wiener Kunstlebens an hervorragender Stelle. Der Arbeiterradiobund Oesterreichs, dessen Hauptaufgabe im kulturellen Gebiet des Radiowesens liegt, wurde mit 5000 Schilling subventioniert. Schliesslich erhält die Oesterreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft eine Subvention von 2000 Schilling. Die Arbeitsgemeinschaft bereitet eine umfangreiche, grundlegende Denkschrift über das deutsche und österreichische Steuerrecht und über die Möglichkeit der auf diesem Gebiet besonders wichtigen Angleichung vor.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in der Leopoldstadt die Hammer Purgstallgasse, Negerlegasse, Lilienbrunnengasse, Schöllnerhofgasse, Lassingleitnerplatz, in Favoriten der Südbahndurchlass, Südtirolerplatz und der Weg in und bei der Parkanlage Südbahnhof, in Döbling die Silbergasse und schliesslich in Floridsdorf Bahnsteggasse mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet am Donnerstag, den 17. Jänner, um 18 Uhr im Amtshaus statt. Die Bezirksvertretung Alsergrund hält ihre nächste Sitzung am Mittwoch, den 23. Jänner, um 17 Uhr ab.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. In der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, beginnen jetzt folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Modistenarbeiten und Frisieren. Einschreibungen täglich von 8 bis 14 Uhr.

Wien, am Mittwoch, den 16. Jänner 1929

Für 1'1 Millionen Schilling Gemeindeaufträge. In den letzten Tagen haben die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und Technische Angelegenheiten wieder für 1'1 Millionen Schilling Arbeitsaufträge verschiedener Art an Industrie und Gewerbe vergeben. So machen unter anderen die Arbeitsaufträge für Schlosserarbeiten hauptsächlich in Gemeindeneubauten rund 220.000 Schilling aus. Für 200.000 Schilling wurden Zimmermanns- und Tischlerarbeiten in Auftrag gegeben. Die Bestellungen für Anstreicherarbeiten machen 130.000 Schilling aus. Ein bedeutender Auftrag ist auch an das Installateurgewerbe ergangen, da für rund 90.000 Schilling Installationsarbeiten für die elektrische Strassenbeleuchtung vom Gemeinderatsausschuss für Technische Angelegenheiten vergeben worden sind.

Der Kampf gegen die Syphilis. Bei der Behandlung der Syphilis spielt die Untersuchung nach der sogenannten "Wassermannreaktion" eine wichtige Rolle. Es ist daher für die Volksgesundheit von grösster Bedeutung, wenn der Bevölkerung die Möglichkeit geboten wird, sich in einem entsprechenden Laboratorium dieser Untersuchung unterziehen zu können. In der nächsten Zeit wird die Gemeinde Wien zwei solche Wassermannstationen errichten. Die eine wird in der Gesundheitsamtsabteilung Alsergrund und die zweite in der Gesundheitsamtsabteilung Ottakring untergebracht. Die Untersuchung der abgenommenen Blutproben wird in der sero-diagnostischen Untersuchungsstation des Krankenhauses der Stadt Wien vorgenommen. Die städtischen Wassermannstationen werden an drei Tagen der Woche je eine Stunde der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Ein neuer Kindergarten in der Josefstadt. Im Rahmen der planmässigen Ausgestaltung des Wiener Kindergartenwesens wird demnächst im Waisenhaus in der Josefstädterstrasse ein zweiabteiler Kindergarten eröffnet. Der Kindergarten wird als Volkskindergarten von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit Mittagsausspeisung geführt.

Fahrverbot für Schwerfuhrwerke in der Lenau- und Schlösselgasse. Nach einer Kundmachung des Magistrates wird die Durchfahrt durch die Lenaugasse und Schlösselgasse zwischen der Tulpen- und Florianigasse für Lastkraftwagen und sonstiges Fuhrwerk verboten, um die dortigen, vielfach sehr alten Häuser vor unzulässigen Erschütterungen zu schützen.

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums "Wohnung und Städtebau", I., Barkring 12, findet morgen Donnerstag bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

Das Gewerbeförderungsamt der Gemeinde Wien. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschäftigte sich am Mittwoch mit der Vorlage über die Errichtung eines städtischen Gewerbeförderungsamtes. Amtsführender Stadtrat Linder berichtete ausführlich über die Gründe, die die Stadtverwaltung veranlasst haben, diese Vorlage auszuarbeiten. Das staatliche Gewerbeförderungsamt ist seit Jahren zu einer Exekutivstelle des Gewerbeförderungsdepartements im Handelsministerium geworden. Es wird dort das Hauptgewicht auf die Veranstaltung von gewerblichen Unterrichten gelegt. Vor allem aber werden die grösseren Unternehmungen gar nicht berücksichtigt. Der Krieg hat auch Selbsthilfeorganisationen der Gewerbetreibenden zerstört, die sehr verdienstvoll gewirkt haben. Die Gemeindeverwaltung will zuerst im kleinen Umfang auf diesem für die Volkswirtschaft so wichtigen Gebiet zu wirken beginnen und hat die Form einer Stiftung gewählt. Die Gemeinde wird hunderttausend Schilling für die Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung zum Zwecke der Förderung von Gewerbe und Handel im Gebiet der Stadt Wien widmen. Die Stiftung soll von einem Kuratorium verwaltet werden, das aus dem Bürgermeister oder einem von ihm bestimmten Stellvertreter als Obmann und aus mindestens zwölf Mitgliedern besteht, die vom Bürgermeister ernannt werden. Bei der Ernennung sollen die Vorschläge der Handels- und Gewerbekammer, der Arbeiterkammer, der Wiener Messe und der Zentralsparkasse berücksichtigt werden. Ferner kann der Bürgermeister auch solche Personen in das Kuratorium entsenden, die sich durch ihr Wirken auf dem Gebiet der Gewerbeförderung besondere Verdienste erworben haben. Dieses Kuratorium wird auf drei Jahre ernannt. Die Angestellten des neuen Institutes werden vom Bürgermeister vertragsmässig bestellt. Sie sind keine Gemeindeangestellten. Vorläufig werden die Zinsen des Stiftungskapitals und für das Jahr 1929 ein Betrag von mindestens zwanzigtausend Schilling für die Zwecke der Gewerbeförderung verwendet. Zu den wichtigsten Obliegenheiten des städtischen Gewerbeförderungsamtes zählen alle Massnahmen, die geeignet sind, Produktion und Umsatz von Gewerbe und Handel auf dem Gebiet der Stadt Wien zu heben und Arbeitgeber und Arbeitnehmer in sozialer, ökonomischer und didaktischer Hinsicht zu fördern. Insbesondere soll das Institut die Unterstützung der gewerblichen Initiative, die Hilfeleistung in organisatorischer Beziehung und die Förderung des Absatzes von Erzeugnissen der Wiener Qualitätsindustrie pflegen. Das neue Institut soll sich erst allmählich einen Wirkungskreis schaffen und durch anerkannte Leistungen befestigen. Gemeinderat Dr. Kolassa erklärte, dass die Minderheit ihren Standpunkt zu der Vorlage im Gemeinderat darlegen werde. Er richtete die Frage an den Referenten, ob das städtische Gewer-

beförderungsamts auch Kredite an Gewerbetreibende gegeben wurde. Stadtrat Linder erwiderte, dass an eine Kreditgewährung nicht gedacht sei, weil hierfür bereits ausreichend durch die Kreditfürsorge der Gemeinde im Wege des Kreditvereines der Zentralsparkasse vorgesorgt sei. Die Anlage wurde genehmigt und wird bereits die nächste Gemeinderatssitzung beschäftigen.

Anmeldungen nach dem Wiener Theatergesetz. Wie bereits gemeldet wurde, bedürfen nach dem neuen Wiener Theatergesetz, das am 2. Jänner in Kraft getreten ist, nur Theater, Varietees, Zirkusse und alle jene Veranstaltungen zu Vergnügungszwecken einer Konzession, die im Gesetz nicht ausdrücklich als bloss anmeldepflichtig bezeichnet sind, wie zum Beispiel alle Dilettantenvorstellungen mit Erwerbsabsicht, sowie solche ohne Erwerbscharakter, die in Theatern oder Zirkussen stattfinden, ferner Feuerwerke und Boxkämpfe. Die im Gesetz aufgezählten bloss anmeldepflichtigen Veranstaltungen brauchen keine Konzession; es ist jedoch für sie unter Verwendung der amtlich aufgelegten Formulare bei der Magistratsabteilung 52, Wien, I., Neues Amtshaus, Ebendorferstrasse 1, die Anmeldung zu erstatten. Für viele dieser bloss anmeldepflichtigen Veranstaltungen, wie zum Beispiel für Vorträge, Konzerte, Tanzunterhaltungen, sportliche Veranstaltungen und zwar sowohl für Einzel- als auch für Dauervorstellungen (Publikumstanz in Gastgewerbebetrieben, pratermässige Volksvergnügungen und dergleichen) sind seinerzeit polizeiliche Lizenzen erteilt worden, die nach den Uebergangsbestimmungen des Gesetzes noch bis längstens 16. Jänner in Kraft geblieben sind. Mit dem genannten Tage ist aber die Gültigkeit dieser polizeilichen Lizenzen erloschen. Nach den Vorschriften des Gesetzes ist für alle derartigen anmeldepflichtigen Veranstaltungen nunmehr die Anmeldung bei der Magistratsabteilung 52 zu erstatten.

Gemeindesubventionen. Wie schon gemeldet, hat der städtische Finanzausschuss am Montag wieder eine Reihe von Subventionen der Gemeinde Wien beschlossen. So erhält unter anderen die Konzertvereinigung Wiener Staatsopernchor eine Subvention von tausend Schilling. Die Konzertvereinigung wirkt im Dienste der Anerkennung der künstlerischen Leistungen der Chorsänger der Staatsoper. Die gleiche Subvention wurde für den Verein Lebensreform und für das katholische Kreuzbündnis für Oesterreich beschlossen. Beide Vereinigungen wirken im Dienste der Abstinenzbewegung. Das katholische Kreuzbündnis bemüht sich, vor allem die Jugend vor der Gefahr des Alkoholismus zu bewahren. Der Verein Lebensreform unterhält eine Trinkerfürsorgestelle, das Kreuzbündnis drei Trinkerfürsorgestellen.

Die Kunstpreise der Stadt Wien. Bekanntlich hat die Wiener Gemeindeverwaltung in den letzten fünf Jahren alljährlich ~~nonn~~ Kunstpreise zu je tausend Schilling für Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst gestiftet, deren Verleihung immer am 1. Mai erfolgte. Nunmehr hat der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltung die Schaffung von je eines Kunstpreises von dreitausend Schilling für das laufende Jahr für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der **Musik**, der Dichtkunst und der bildenden Kunst (Architektur, Bildhauerei und Malerei) beschlossen. Die Bewerbung um diese Preise, die **wie bisher** am 1. Mai jedes Jahres verliehen werden, steht Wiener Künstlern **offen**. Zur Preisbewerbung sind Werke jeder Gattung des betreffenden Kunstgebietes zugelassen, sofern sie in den dem Bewerbungsjahr vorausgegangenen letzten fünf Jahren geschaffen wurden. Die Preiszuerkennung erfolgt durch den Stadtsenat auf Grund der Vorschläge eines Preisrichterkollegiums, für das der Bürgermeister aus jedem Kunstgebiet drei Mitglieder ernennt. Die Durchführung des Preisausschreibens obliegt der Direktion der Städtischen Sammlungen.

Vorleihungen des Ehrenringes der Stadt Wien. In der letzten Zeit wurden mehrere Fürsorgeräte, die mehr als 25 Jahre ihr Ehrenamt vorbildlich ausübt haben, durch Vorleihung des Ehrenringes der Stadt Wien ausgezeichnet. Nunmehr hat der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen, den Fürsorgeräten der Wieden Friedrich Feiler, Karl Merten und Alois Nesswetha in Anerkennung ihres mehr als 25jährigen verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen. Friedrich Feiler ist seit 30. Dezember 1901 Fürsorgerat. Karl Merten und Alois Nesswetha wurden am 29. Jänner 1903 zu Fürsorgeräten gewählt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird auf dem Neubau in der Brücklgasse, Badhausgasse und Montergasse, in der Josefstadt in der Lerchengasse, Tigergasse, Stoltzenthalorgasse, Pfeilgasse, Bennogasse, Foldgasse, Breitenfeldorgasse, auf dem Bennoplatz und Albertplatz und schliesslich auf dem Alsergrund in der Garnisongasse, Beethovengasse, Lackierergasse und Van Swietengasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt.

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring findet am Donnerstag, den 24. Jänner, um 18 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Hietzing hält ihre nächste Sitzung am Samstag, den 26. Jänner um 16 Uhr ab.

Sprachkurs für Autotaxichauffeure. Der Gehilfenausschuss der Genossenschaften der Wiener Lohnfuhrwerker veranstaltet im Einvernehmen mit der Fremdenverkehrskommission für die Bundesländer Wien und Niederösterreich einen englischen Sprachkurs und einen Fremdenführerkurs für die Wiener Autotaxichauffeure. Die feierliche Eröffnung dieser Kurse wird am nächsten Montag um halb 7 Uhr abends im Festsaal des zweiten gewerblichen Fortbildungsschulgebäudes in der Hütteldorferstrasse 1 abgehalten. Es ist sehr zu begrüßen, dass die für die Förderung des Fremdenverkehrs so wichtigen Kraftwagenlenker auch dieser Seite ihrer Ausbildung erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

Der Internationale Versöhnungsbund über Wien. In der ersten Jännerwoche besuchte eine grössere Abordnung des Internationalen Versöhnungsbundes die Stadt Wien, um vor allem die neuen Schöpfungen der Stadtverwaltung kennen zu lernen. Die Gäste waren auch im Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, wo sie sehr eingehend die dort ausgestellten Modelle verschiedener Gemeindecinrichtungen studierten. Im Auftrage des Rates des Internationalen Versöhnungsbundes hat nun Präsident Roger Soltan, Dozent an der London School of Economics, in einem Schreiben für die Führung gedankt. Die Gemeindecinrichtungen haben die Kommission mit grösster Bewunderung für den Unternehmungsgeist und für das den Bedürfnissen des Volkes entgegengebrachte Verständnis erfüllt. Wir alle, heisst es in dem Schreiben, kehren in unsere Heimatstaaten zurück und ersöhnen, dass die Energie und die Aufbaupolitik der Gemeinde Wien auch von anderen Städten nachgeahmt worden.

Die städtische Tuberkulosebekämpfung. Die Blutsenkungsreaktion nach Fahraeus ermöglicht eine bessere Prognosenstellung bei Tuberkulose. Auf diese Weise wird eine schäffere Scheidung der Kranken erreicht, die auf Grund der klinischen Untersuchung entweder in eine Erholungsstätte, oder in eine Heilstätte oder in ein Krankenhaus kommen sollen. Zur Verbesserung der Indikationsstellung für die Heilstättenzuweisung wird nun bei der Zentralaufnahmestelle der Gemeinde Wien für Kurbedürftige eine Untersuchungsstelle zur Vornahme der Blutsenkungsreaktion nach Fahraeus errichtet. Die Tuberkulosenkranken werden von den Fürsorgeämtern vor Beantragung der Heilstättenbehandlung der neuen Untersuchungsstelle zugewiesen werden.

Wien, am Samstag, den 19. Jänner 1929

120.000 Besucher in den Wiener städtischen Museen. Die Stadt Wien unterhält bekanntlich fünf Museen. Es sind dies das Historische Museum im Neuen Rathaus, das Schubertmuseum in der Nussdorferstrasse, das Haydnmuseum in der Haydngasse, das Römische Museum in der Rainergasse und schliesslich das Uhrenmuseum im Schulhof. Alle Museen der Stadt Wien hatten im abgelaufenen Jahr einen überaus starken Besuch. Die Museen wurden von nicht weniger als 117.254 Gäste aus aller Herren Länder besichtigt. Den stärksten Besuch wies im Schubertjahr naturgemäss das Schubertmuseum auf, das 59.309 Besucher zählte. An nächster Stelle steht das Historische Museum mit 48.588 Besuchern. Neben diesen ständigen Ausstellungen haben die Wiener städtischen Sammlungen von Mitte Mai bis Ende Juli 1928 im Wiener Messepalast die Schubertzentenausstellung der Stadt Wien veranstaltet, die 200.000 Besucher verzeichnen konnte. Vom 15. November bis 9. Dezember waren im Historischen Museum die im Besitze der städtischen Sammlungen befindlichen Schuberthandschriften ausgestellt, die ebenfalls das lebhafteste Interesse vornehmlich von Fremden erregten.

Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Stadtsonat tritt in der kommenden Woche am Dienstag um 10 Uhr vormittags zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält seine nächste Sitzung am Freitag um 17 Uhr ab.

Eine Josef Heinzlgasse in Hietzing. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltung hat nach einem Bericht des Gemeinderates Boisser beschlossen, die von der Ghelengasse abzweigende, südlich vom "Stock im Weg" gegen Osten führende Gasse nach dem im Jahre 1923 verstorbenen Landtagsabgeordneten Josef Heinzl zu benennen. Die Erinnerungstafel wird folgenden Wortlaut haben: Josef Heinzl, 1869 bis 1923, Abgeordneter. Wirkte verdienstvoll viele Jahre im Ausschusse des Metallarbeiterverbandes und vom Jahre 1919 an als Landtagsabgeordneter.

Wohnung und Städtebau. In der Sonderausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags Dr. Elso Hoffmann über "Paris und Wien, ein Vergleich ihrer Vergangenheit".

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses spricht morgen Sonntag um 10.30 Uhr vormittags Dr. J. Zrzavy über "Arbeitszeit".

Eine augenärztliche Zentraluntersuchungsstelle für Schulkinder. Der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss hat seinerzeit nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler beschlossen, für die Wiener Schulkinder eine augenärztliche Zentraluntersuchungsstelle ins Leben zu rufen. Diese neue bedeutende Institution wird nun demnächst in den Räumen des Stiftungshauses, XVIII., Theresiengasse 39, eröffnet. Die Zentraluntersuchungsstelle soll Sehstörungen (Refraktionsfehler), die einer Behandlung durch Verordnung von Brillen bedürfen, rechtzeitig erfassen, fachmännisch untersuchen und auch weiterhin überwachen. Die Zuweisung der Kinder erfolgt durch die städtischen Schulärzte.

Ausschreibung der Kunstpreise der Stadt Wien für 1929. Wie in den vorhergegangenen Jahren hat der Wiener Gemeinderat, wie schon gemeldet, auch für die Kunstpreise für das Jahr 1929 eine Summe von 9000 Schilling bewilligt, die für die Preiskrönung hervorragender Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst (Architektur, Bildhauerei und Malerei) bestimmt ist. Während jedoch bisher auf jedem Kunstgebiet drei Preise von je 1000 Schilling vergeben worden sind, wird nunmehr nur je ein Preis von 3000 Schilling verliehen. Bewerbungsberechtigt sind Wiener Künstler mit Werken aus den letzten fünf Jahren, die sich bis längstens 28. Februar schriftlich um einen Preis bewerben. Die Eingaben sind mit vollem Namen und Adresse an die Direktion der städtischen Sammlungen zu richten. Die Preise werden nach den Vorschlägen eines Preisrichterkollegiums und den Beschlüssen des Stadtsenates am 1. Mai verliehen. Die näheren Bestimmungen sind in der Kanzlei der städtischen Sammlungen im Neuen Rathaus an Wochentagen von 8 Uhr bis 13 Uhr erhältlich.

Das Nachziehen von Kinderschlitten nicht verboten. Wie schon gemeldet, hat der Wiener Magistrat das Rodeln, Skifahren und Schleifenanlagen auf öffentlichen Verkehrsflächen im ganzen Wiener Gemeindegebiet aus Sicherheitsgründen verboten. Es wurden in der letzten Zeit jedoch vielfach auch Personen wegen des Nachziehens von Kinderschlitten beanstandet, weil behördliche Organe dieses als Rodeln angesehen haben. Der Magistrat stellt fest, dass das Nachziehen von Kinderschlitten nicht als selbstständiges Fahren mit Schlitten über ein Gefälle, also als Rodeln anzusehen ist und daher nicht unter das Verbot fällt. Eine Gefährdung von Passanten ist hier kaum zu befürchten, da die Hauptverkehrswege in den Parks, wo Kinder vorwiegend Schlitten fahren, ohnedies von der städtischen Gartenverwaltung bestreut werden. Vor dem Nachziehen von Kinderschlitten auf der Fahrbahn der Strassen wird jedoch wegen der Gefährdung der Kinder durch Fuhrwerke, insbesondere durch Automobile, nachdrücklichst gewarnt.

.....
Städtische Mütterschulen. Die Gemeindeverwaltung errichtet vom 1. Februar d. J. an eigene Kurse für die Schulung von Müttern. Die Kurse können von Frauen und Mädchen (Mindestalter 18 Jahre) besucht werden. Sie erfüllen einen oft geäußerten Wunsch, da bisher die grosse Masse der Mädchen und Frauen keine Gelegenheit hatte, für den Mutterberuf die notwendige theoretische und praktische Vorbildung in eigenen Schulen zu erwerben. Die Schule dauert drei Monate und wird in den städtischen Haushaltungsschulen auf der Landstrasse in der **Petrusgasse** 10 und in Mariahilf in der Brückengasse 3 abgehalten. Die Kurse finden einmal wöchentlich statt. Ausserdem werden zwei Abendkurse und ein Nachmittagskurs veranstaltet. Die Abendkurse werden von halb 7 bis halb 9 und der Nachmittagskurs wird von halb 4 bis halb 6 Uhr abgehalten. Es wird über Säuglings- und Kinderpflege, über Erziehungsfragen und so weiter vorgetragen. Praktische Übungen in der Kinderpflege finden ebenfalls statt. Der geneue Lehrplan ist bei der Anmeldung erhältlich, die täglich in den beiden erwähnten Schulen von 8 Uhr bis 1 Uhr vorgenommen wird. Dieser Versuch der Gemeinde Wien, eine Schulung **der** Frauen für die schwerste Aufgabe, die ihnen das Leben stellt, durchzuführen, dürfte gewiss allseits begrüsst werden.

.....
Stromabschaltung. Im Hause XII., Pohlasse 44 wurde die elektrische Instalation trotz wiederholter Aufträge nicht in den vorschriftsmässigen Zustand gebracht, obwohl sie die persönliche Sicherheit gefährdete und eine Feuersgefahr bildete. Um U_nglücksfällen vorzubeugen, musste daher die zuständige Magistratsabteilung am 17. Jänner in diesem Haus den elektrischen Strom vom städtischen Kabel abschalten.

.....
Richtigstellung. In unserer heutigen Meldung über die Tätigkeit des Strombaudirektors i. R. Ingenieur Brandl heisst es irrtümlich, dass die Temperatur auch in der Nacht "nicht unter 30 Grad Kälte" sinkt. Es soll selbstverständlich heissen "nicht unter 30 Grad Celsius".

.....
Bezirksvertretung Alsergrund. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Alsergrund findet am Mittwoch, den 29. Jänner, um 17 Uhr statt.

Wien, am Montag, den 21.Jänner 1929

Anderthalb Millionen Schilling für die Schneesäuberung. Der letzte grosse Schneefall zu Neujahr hat der Gemeinde Wien bis heute rund anderthalb Millionen Schilling gekostet. Für die Schneeabräumarbeiten wurden vom 2. Jänner an bis heute nicht weniger als 122.277 Arbeitslose verwendet. Da die Strassen der Stadt vom Schnee bereits geräumt sind, beschränken sich die Arbeiten des städtischen Fuhrwerksbetriebes nunmehr nur auf die Freimachung der Strassenübergänge von den Schneekrusten.

Ausländische Besucher des Neuen Wien. In den letzten Wochen hat wieder eine grosse Zahl von Fremden unter sachkundiger Führung die Schöpfungen der Wiener Gemeindeverwaltung besichtigt. Darunter befanden sich Gäste aus aller Herren Länder, von denen besonders zu nennen sind Ahmed Ihsan Bei, der ehemalige Bürgermeister von Stambul, Architekten aus Danzig, Chigago, Chile, Kopenhagen und Athen, Aerzte aus Brooklyn und Paris, Abordnungen der Arbeiterbaugenossenschaft in Warschau, der Arbeiterkammer in Bdgrad und Zeitungsberichterstatter aus fast allen europäischen Ländern. Die ausländischen Besucher interessierten sich vor allem für die kommunalen Wohnhausbauten, über die in ihrer Heimat sehr viel gesprochen und geschrieben wird. Auch die städtischen Wohlfahrtseinrichtungen und das Schulwesen waren Gegenstand eingehendsten Studiums der Gäste.

Ein Urnenhain im Dornbacher Friedhof. Der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss hat beschlossen, auch im Dornbacher Friedhof einen Urnenhain zu errichten. Dieser wird voraussichtlich etwa 16 Urnengrabstellen umfassen.

Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Anton und Theresie Löscher, Hermann und Elisabeth Pollak und Moses und Elka Starer anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Aus den Bezirksvertretungen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus findet am Donnerstag, den 24. Jänner, um 18 Uhr statt. Am Freitag, den 25. Jänner, um 16 Uhr hält die Bezirksvertretung Favoriten eine Sitzung ab. Die Bezirksvertretung Meidling tritt am Donnerstag, den 31. Jänner, um 18 Uhr zusammen.

Wien, am Montag, den 21. Jänner 1929

Zweite Ausgabe

Gemeindewache oder Bundespolizei auf den Sportplätzen. Am 2. Jänner ist bekanntlich das neue Wiener Theatergesetz in Kraft getreten, das die Veranstaltung von Vergnügungen regelt, darunter kraft ausdrücklicher Bestimmung des Gesetzes auch die sportlichen Veranstaltungen. Gleichfalls kraft positiver Bestimmung des Gesetzes obliegt die behördliche Ueberwachung der Veranstaltungen dem Magistrat. Das Gesetz verfügt weiter: "Ereignen sich bei einer Veranstaltung unter den Besuchern Ruhestörungen, so können die Schuldtragenden entfernt werden. Sind Ruhestörungen oder Wiederholungen von Ruhestörungen zu befürchten, so kann der Magistrat dem Veranstalter auftragen, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Personen, die erhebliche Ruhestörungen verschuldet haben, kann vom Magistrat der weitere Besuch der Veranstaltungen für immer oder für bestimmte Zeit unter Strafsanktion verboten werden." Obwohl das Gesetz an sich selbstverständlich auch für die Bundespolizei wirksam ist, wurde das Präsidium der Bundespolizeidirektion schon am 24. Dezember 1928 verständigt, dass das Theatergesetz am 2. Jänner in Kraft treten wird und durch welche Organe von diesem Tage an der Magistrat die ihm gesetzliche obliegende Ueberwachung der Vergnügungsveranstaltungen besorgen lassen wird. Auf diese Verständigung ist bis nun eine Antwort nicht eingelangt. Gleichwohl hat die Polizeidirektion am letzten Sonntag fast auf alle Sportplätze, auf denen Fussballspiele stattfanden, uniformierte Sicherheitswache entsendet und zwar in einer Anzahl, die die früher übliche weit überschreitet. So wurden auf einen Platz, auf dem vor dem Inkrafttreten des Theatergesetzes, also zu einer Zeit, in der die Bundespolizei die Ueberwachung zu besorgen hatte, regelmässig vier Mann Dienst hatten, am letzten Sonntag 34 Mann entsendet. Nach einer heutigen Mitteilung in einer Tageszeitung soll sich die Polizei darauf berufen, dass sie "für Ruhestörungen und Gefahren, für die Sicherheit der Person und des Eigentums auf dem Gebiete der Gemeinde Wien verantwortlich sei und nach dem Gesetz hier ausser dem internationalen Völkerrecht, das die Gesandtschaften und so weiter als exterritorial erklärt, keine Beschränkung gelten könne." Demgegenüber wird festgestellt, dass die Bestimmungen des Theatergesetzes über die Ueberwachung der Veranstaltungen derzeit die einzigen geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind, die diesen Gegenstand behandeln, und alle anderen in dieser Richtung bestehenden Bestimmungen durch das Gesetz ausdrücklich aufgehoben sind. Aber auch wenn neben den Bestimmungen des Theatergesetzes die allgemeinen Vorschriften bezüglich der Obseege für die Sicherheit der Person und des Eigentums gelten würden, so würde es sich hier um die Ausübung der örtlichen Sicherheitspolizei handeln und auf diesem Gebiet untersteht die Bundespolizei, sowie in allen anderen Angelegenheiten des Wirkungsbereiches des Landes Wien, der Wiener Landesregierung.

Wien, am Dienstag, den 22. Jänner 1929

Erkältungskrankheiten sind keine Grippe. In der letzten Zeit wurden in der Öffentlichkeit über die Ausdehnung der Grippeerkrankungen in Wien verschiedene Vermutungen angestellt, wobei auch die Erkältungskrankheiten in die eigentlichen Grippeerkrankungen einbezogen wurden. Über die Symptome und Diagnose der Influenza (Grippe) äussert sich nun Universitätsprofessor Dr. N. Jagie unter anderem, dass die Grippe von Erkältungserkrankungen sehr zu unterscheiden ist! Für die diagnostische Abtrennung der Influenza vom akuten Schnupfen, der akuten Mandelentzündung und der infektiösen Bronchitis kommt eine Reihe von objektiven Symptomen in Betracht, die in der überwiegenden Anzahl der Fälle in typischer Weise ausgedrückt sind. Der "Schnupfen" bei der Influenza zeigt sich zum Beispiel in einer mehr ~~und~~ trockenen Form, nicht selten verbunden mit Nasenbluten, zum Unterschied vom "fließenden" Schnupfen, der mit der eigentlichen Influenzainfektion gar nichts zu tun hat. Die Rachenschleimhaut ist bei der Influenza im ganzen gerötet und das Zäpfchen geschwollen, während bei der akuten Mandelentzündung (Angina) der Krankheitsprozess mehr auf die Mandeln isoliert ist. Besonders charakteristisch für die Influenzainfektion ist der kaum je fehlende Luftröhrenkatarrh, der in schweren Fällen mit einer hochgradigen, oft auch mit Blutungen durchsetzten Schwellung der Luftröhrenschleimhaut einhergeht. Davon kommt auch der eigentümliche Reizhusten, das Trockenheitsgefühl und das Kratzen in den tieferen Halspartien. Nicht selten wird auch eine Schwellung und Druckempfindlichkeit der Lymphdrüsen am Hals beobachtet. Die Art des Fiebers bei der Influenza ist verschieden. Als die Erreger der unkomplizierten Influenza sind nach der Ansicht der Mehrzahl der Bakteriologen die Influenzabazillen anzusehen, deren Nachweis im Auswurf häufig, aber nicht regelmässig gelingt. Von den Komplikationen der Influenza ist in erster Linie als die wichtigste und häufigste die Lungenentzündung hervorzuheben, die nicht so plötzlich wie die kruppöse Lungenentzündung mit einem Schüttelfrost und rascher Ausbildung ausgedehnter Lungenherde, sondern mehr schleichend einsetzt! Aus dieser Darstellung ergibt sich, dass die grösste Zahl der derzeit in Wien entsprechend den Witterungsverhältnissen auftretenden Erkältungserkrankungen akute Schnupfen, Mandelentzündung, Luftröhrenentzündung und dergleichen sind, die mit der eigentlichen Grippe (Influenza) aber gar nichts zu tun haben. Diese wird vielmehr in Wien gegenwärtig nur vereinzelt beobachtet.

Wien, am Mittwoch, den 23. Jänner 1929

Eine Abordnung der Berliner Berufsschulen in Wien. In der vorigen Woche war eine grössere Abordnung aus den Berliner Berufs- und Fachschulen in Wien. Die Teilnehmer besichtigten sehr eingehend das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, sowie die neuen Schöpfungen der Gemeindeverwaltung. In einem Schreiben übermittelten sie der Gemeinde aufrichtigen Dank für das während ihres Aufenthaltes erwiesene Entgegenkommen und verweisen darauf, dass ihnen dadurch Gelogenheit gegeben wurde, einige der mustergiltigen, sozialpolitischen Einrichtungen des trotz aller Widerstände aufblühenden Gemeinwesens kennen zu lernen.

Ehrung des Malers Julius Schmid. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat heute nach einem Bericht des Gemeinderates Beisser beschlossen, dem Altmeister der Wiener Malkunst Professor der Akademie der bildenden Künste i. R. Julius Schmid in Anerkennung seiner grossen Erfolge auf dem Gebiete der Malkunst und seiner Verdienste um das Wiener Kunstleben anlässlich seines 75. Geburtstages den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen. Professor Schmid ist der Schöpfer des im Besitze der städtischen Sammlungen sich befindlichen, aus dem Jahre 1897 stammenden Gemäldes "Ein Schubertabend in einem Wiener Bürgerhause", das zu den populärsten Gemälden der jüngsten Vergangenheit zählt und als Reproduktion weit über Oesterreich und Deutschland hinaus Verbreitung gefunden hat und noch immer findet. Ausser diesem Gemälde besitzt das Museum der Stadt Wien noch die von der Künstlerhand Schmid's geschaffenen Bilder "Beethoven" und die "Musikprobe bei Haydn". Bei allen diesen Bildern ist die treffende Milieuschilderung, der Schmid seinen Ruf als Historienmaler verdankt, besonders hervorzuheben.

Wien als Badestadt. Die Wiener städtischen Bäder erfreuen sich in den letzten Jahren eines von Jahr zu Jahr immer grösser werdenden Zuspruches. Der Gesamtbesuch aller städtischen Bäder betrug im vergangenen Jahr nicht weniger als 10,246.114 Badegästen gegenüber 8,992.399 Besuchern, die im Jahre 1927 die städtischen Bäder benützten, was einen Zuwachs von 14 Prozent innerhalb eines Jahres bedeutet. Die städtischen Warmbäder wurden im vergangenen Jahr von 7,456.667 Badegästen benützt. In den Seebädern suchten 1,566.430 Menschen Erquickung und Erholung und in den Kinderfreibädern badeten gegenüber 839.776 Kindern im Jahre 1927 nicht weniger als 1,223.017. Die Zahl der Umkleidegelegenheiten beziehungsweise Badestellen stieg von 34.769 im Jahre 1927 auf 40.061 im Jahre 1928.

Wien, am Donnerstag, den 24. Jänner 1929

Der neuerliche Schneefall. Während der städtische Fuhrwerksbetrieb am Dienstag 1319 Arbeitslose und am Mittwoch 1296 für die Schneecabräumungsarbeiten verwendet, wurden heute für die Schneesäuberungsarbeiten 952 Strassenarbeiter und 6489 Arbeitslose in den Dienst gestellt. Für die maschinelle Schneesäuberung wurden 243 Pferdeschneepflüge und 12 Autoschneepflüge und für die Schneecabfuhr 79 zweispännige Fuhrwerke und 13 Kapszüge, sowie 19 eigene und 2 fremde Lastkraftwagen verwendet. Die städtischen Strassenbahnen nahmen zur Freimachung der Gleise 4680 Arbeitslose auf. Neben diesen besorgen ausserdem 88 Motorschneepflüge mit 12 Pferdeschneepflügen die Schneesäuberungsarbeiten auf der Strecke.

Abgabe von Frischmilch für Säuglinge von Arbeitslosen. Bekanntlich hat die Wiener Gemeindevverwaltung schon vor zwei Jahren eine Frischmilchaktion für Säuglinge von Arbeitslosen durchgeführt. Nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates für Wohlfahrtswesen Professor Dr. Tandler hat der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss den Magistrat neuerlich ermächtigt, Personen, die durch ihre Arbeitslosigkeit in Not geraten sind, täglich einen halben Liter Frischmilch für ihre Kinder bis zu sechs Monaten und einen Liter für Kinder bis zum vollendeten ersten Lebensjahr im Wege der Fürsorgeinstitute bei bestimmten Lieferungsfirmen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das Ansuchen, das vom zuständigen Fürsorgerat überprüft wird, ist beim Fürsorgeinstitut des Wohnortes einzubringen. Vor der Bewilligung nimmt die zuständige Mutterberatungsstelle die Untersuchung der Kinder vor. Anspruchsberechtigt sind arbeitslose ledige, verwitwete oder vom Gatten getrenntlebende Mütter, wenn sie mindestens zwanzig Wochen im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung stehen oder ausgesteuert sind und sonst keine ausreichende Unterstützung haben. Berücksichtigt können nur nach Wien zuständige Bewerber werden. Die Anspruchsberechtigten erhalten für den Bezug der Frischmilch eigene Legitimationen.

Der moderne Eisenbetonbau. Oberstadtbaurat Ingenieur Richard Künstner spricht am Montag um 18.30 Uhr im Wissenschaftlichen Klub über "Der moderne Eisenbeton- und Grundbau". Der Vortrag wird von einer Reihe von Lichtbildern wirkungsvoll unterstützt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit wird in Rudolfsheim die Ullmannstrasse vom Sechshausergürtel bis zur Stiebergasse mit der elektrischen Beleuchtung ausgestattet.

Wien, am Freitag, den 25. Jänner 1929

Eine Feier für die ehemaligen Pfloglinge der Lehrlingserholungsheime. Am nächsten Sonntag um halb zehn Uhr vormittags veranstaltet die Lehrlingsfürsorgeaktion im Theatersaal des Arbeiterheimes Ottakring, Kreithnergasse 31, eine Wiederschensfeier für die ehemaligen Pfloglinge der Erholungsheime Schloss Neulengbach, Wieselburg an der Erlauf, Schloss Atzenbrugg, Bruck an der Leitha, Fischau an der Schneebergbahn, Gubelsburg am Kamp und Grödig bei Salzburg. Es werden Staatsopernsänger Anton Arnold, das Mandelquartett und ehemalige Pfloglinge aus den Lehrlingsheimen mitwirken. Die Festrede hält der Leiter der Aktion Marianek.

17.000 Arbeitslose als Schneearbeiter. Die Schneearbeitsarbeiten, die auch in der Nacht keine Unterbrechung erfuhren, wurden heute im vollen Umfang durchgeführt. Der städtische Fuhrwerksbetrieb verwendete ausser 1023 Strassenarbeitern 10.767 Arbeitslose für die Schneearbeitsarbeiten und die städtischen Strassenbahnen nahmen für die Freimachung der Gleise 6.150 Arbeitslose auf. Während 88 Motorpflüge mit 132 Anhängern die Freimachung der Gleise der städtischen Strassenbahnen besorgten, wurden vom städtischen Fuhrwerksbetrieb für die maschinelle Schneearbeit 245 Pferdeschneepflüge und 11 Autoschneepflüge und für die Schneearbeit 606 zweispännige Fuhrwerke, 58 Kapszüge, sowie 60 fremde und 15 eigene Lastkraftwagen und eine Schneearbeitsmaschine verwendet. Obwohl die Freimachung der Gleise auch im Frühverkehr erfolgen musste, werden von den städtischen Strassenbahnen keine grösseren Störungen gemeldet.

Neue Einbahnstrassen. Im Interesse eines geregelten Strassenverkehrs hat der Wiener Magistrat die Seilergasse vom Graben zur Plankengasse, die Plankengasse vom Neuen Markt zur Stallburggasse, die Spiegelgasse vom Lobkowitzplatz zum Graben, die Dorotheergasse in dem Teil zwischen Graben und Stallburggasse vom Graben her, in dem engen Teil zwischen Augustinerstrasse und Versatzamt von der Augustinerstrasse her, die Stallburggasse zwischen der Dorotheergasse und der Habsburgergasse von der Dorotheergasse her, die Bräunerstrasse vom Graben zum Josefsplatz und schliesslich die Habsburgergasse zwischen der Stallburggasse und Graben von der Stallburggasse her als Einbahnstrassen erklärt. Sie dürfen von Fahrzeugen nur in der angegebenen Richtung befahren werden. Das Aufstellen von Fuhrwerken ist nur auf der linken Seite der gestatteten Fahrtrichtung erlaubt.

Wien, am Freitag, den 25. Jänner 1929

Zweite Ausgabe.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 25. Jänner 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen. Das katholische Kreuzbündnis für Oesterreich, der Abstinenzverein Lebensreform und die Konzertvereinigung Wiener Staatsopernchor werden mit tausend Schilling, die Oesterreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft mit zweitausend Schilling, der Verein Wiener Sinfonie-Orchester mit zehntausend Schilling und schliesslich die Wiener Messe A.G. mit 120.000 Schilling subventioniert. Der Verkauf der städtischen Kalk- und Schotterwerke Hinterbrühl an die Gemeinde Hinterbrühl, sowie einige Grundankäufe und Abänderungen des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes, ferner der Bestimmungen betreffend die Festsetzung von Parkschutzgebieten werden ebenfalls ohne Debatte genehmigt.

Dem Gemeinderat liegt ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Zimmerl vor, der den Bürgermeister auffordert, eine etwa geplante Vermehrung des Standes der Gemeindegewache sofort hintanzuhalten und zu verfügen, dass die mit der Überwachung von Festlichkeiten beauftragten Angehörigen der Gemeindegewache diesen Dienst, so wie es früherer Zeit durch die Polizeiorgane geschehen ist, in Zivilkleidern versehen.

Die Begründung des Antrages lautet: Wie in der Öffentlichkeit verlautet soll der Stand der Gemeindegewache erheblich vermehrt werden. Begründet wird diese Erhöhung mit dem Inkrafttreten des Wiener Theatergesetzes, nach dessen Bestimmungen die Überwachung sämtlicher öffentlicher Veranstaltungen nunmehr dem Magistrat obliegt. Tatsache ist, dass bei den heutigen Faschingsveranstaltungen uniformierte und mit Gummiknütteln bewaffnete Gemeindegewache bei einer Veranstaltung in Mariahilf und bei einer Veranstaltung auf der Landstrasse wiederholt den Ballsaal durchschritten haben, was bei allen Festteilnehmern grosses Ärgernis erregte. Ich habe weiters erfahren, dass bei einem Fest der Sicherheitsgewache im Prater drei uniformierte Gemeindegewächter anwesend waren und dass sich darunter zwei entlassene Sicherheitswachleute befanden. Man hat in der Bevölkerung den Eindruck, als ob durch diese Betätigung der Gemeindegewache die Festteilnehmer geradezu provoziert werden sollten. Vor dem Inkrafttreten des Theatergesetzes oblag die Überwachung der Festlichkeiten der Bundespolizei, die zu den grössten Veranstaltungen Organe in Zivilkleidung entsendete, sodass die Festteilnehmer überhaupt keine Kenntnis hatten, dass ein Polizeiorgan anwesend ist. Aus diesen Tatsachen ergibt sich erstens, dass ganz unnützer Weise zur Über-

wachung von Festlichkeiten mehr Organe verwendet werden, als dies in früherer Zeit der Fall war, und zweitens, dass uniformierte und mit Gummiknüppeln, und wie es allgemein heisst, sogar mit Revolvern ausgerüstete Organe der Gemeindewache bei festlichen Veranstaltungen erscheinen, was einen Rückfall in die dunkelsten Zeiten des vormärzlichen Polizeistaates bedeutet.

Aufnahme von Schneearbeitern. Um das unnötige Anstellen bei den Schneearbeiteraufnahmestellen für die städtische Strassenpflege zu verhindern, wird darauf hingewiesen, dass Aufnahmen bei diesen Stellen ausschliesslich in der Zeit zwischen 6 und 7 Uhr früh stattfinden. Auch das zu Arbeiten in der Nacht benötigte Personal wird bereits zu dieser Zeit aufgenommen und angewiesen, sich zu einer bestimmten Stunde am Abend zur Arbeit einzufinden. Für die Arbeit während der Nacht werden also in den Nachmittags- oder Abendstunden keine Leute aufgenommen. Es ist daher zwecklos, bei den Aufnahmestellen zu einer anderen Zeit als zwischen 6 und 7 Uhr früh wegen einer allfälligen Aufnahme zu warten.

ST. R. Breithner berichtet über eine Reihe von Zuschusskrediten, die gemäss Paragraph 2 der Verfassung vom Gemeinderat zur Kenntnis zu nehmen sind. GR. Wawerke gibt zu, dass es nicht immer möglich ist, bis ins Einzelne genau zu präliminieren, es wäre aber nicht nötig, Zuschusskredite in solcher Höhe und in so grosser Zahl in Anspruch zu nehmen. Bei der Post "Abfertigungen" macht zum Beispiel der Zuschusskredit mehr als ein Viertel des Gesamtkredites aus und bei der Post "Amts- und Schulhäuser" beinahe 50 Prozent. In eingehender Weise bespricht der Redner die Ueberschreitung bei der Post "Spiel- und Eislaufplätze" die mit der Uebernahme des Ordnungsdienstes auf den städtischen Jugendspielplätze durch die Gemeindewache begründet wird. Wir halten die Gemeindewache für eine vollkommen überflüssige Einrichtung und sind schon deshalb nicht in der Lage einen Zuschusskredit zu dieser Post zu bewilligen. Sie wissen offenbar nicht wie sie die Gemeindewache beschäftigen sollen und weisen ihr deshalb diese Beschäftigung zu. Im Finanzausschuss wurde auf eine Anfrage des Gemeinderates Zimmerl von Vorfällen auf den städtischen Jugendspielplätzen berichtet, die geradezu skandalös sind. In den letzten Jahren sind dort schwere, ja geradezu vandalische Beschädigungen vorgekommen. Es wurde dort wiederholt Beleuchtungskörper, Türkliniken, Wasserleitungsausläufe, ja sogar ganze Klosettmaschinen gestohlen (Hört! Hört! bei der Minderheit). Die Unterkunftsräume wurden als Nachtquartier verwendet. Auf dem Spielplatz in der Mollardgasse wurde die Klosettanlage in einem einzigen Monat fünfmal zerstört (Hört! Hört! bei der Minderheit). Wenn die Beschädigung von

demjenigen herkommen, denen Sie die Spielplätze überlassen, müssen Sie darauf sehen, dass die Erziehung dieser Kreise eine andere wird. Stamt die Beschädigung aber von Louten her, die sich auf den Spielplätzen einschleichen, so wird nicht die Gemeindevache, sondern nur die Polizei Ordnung schaffen können. Wir werden deshalb gegen den Kredit stimmen (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Breitner bemerkt, es sei gewiss nicht wünschenswert, Zuschusskredite beantragen zu müssen. Aber für jeden der beantragten Kredite liegen zwingende Gründe vor. Vielfach werden Zuschusskredite durch Beschlüsse des Gemeinderates selbst notwendig, wie etwa durch Gehaltsregulierungen, die Post Subventionen erweist sich, so hoch sie auch angesetzt wird, immer als zu klein oder gewisse nicht vorhersehbare Massnahmen, wie zum Beispiel Erwerbungen von grösseren Grundstücken machen solche Zuschusskredit notwendig. Viele dieser Kredite sind ein Beweis der Tatsache, dass wir noch nicht in stabilen Verhältnissen leben. Aber auch die Minderheit wird zugeben müssen, dass wir bemüht sind, die Zuschusskredite überhaupt und ihre Höhe auf ein Mindestmass einzuschränken. Der vom GR. Wawerka besonders kritisierte Zuschusskredit stellt nur eine rechnungsmässige Ausgabepost und keine wirkliche Vermehrung der Ausgaben für die Gemeindevache dar. Die vandalischen Zerstörungen von denen GR. Wawerka gesprochen hat und die in einem amtlichen Bericht festgestellt worden sind, stammen selbstverständlich nicht vom dem Besitzer der Spielplätze, sie haben sich auch auf den Plätzen gezeigt, die gar nicht vermietet werden. Es handelt sich um Zerstörungen die zur Nachtzeit von lichtscheuen Menschen angerichtet werden, und da kann nur durch eine ständige Bewachung während der Nachtzeit Abhilfe geschaffen werden. Es hat sich gezeigt, dass die Polizeiorgane, vielleicht weil sie nicht in genügender Zahl zur Verfügung stehen, die Bewachung nicht während der ganzen Nacht leisten konnten so dass von ihr die Zerstörungen nicht verhindert werden konnten.

Die Zuschusskredite werden zur Kenntnis genommen.

GR. Hiess berichtet über eine Subvention von 15.000 Schilling für den Arbeiter-Abstinenzantenbund.

GR. Körber (E. L.) findet es sehr gut, dass die Bevölkerung über die schädlichen Wirkungen des Alkohols aufgeklärt wird. Es ist aber zu verwundern, dass die Mehrheit auf der einen Seite die Subvention für den Arbeiter-Abstinenzantenbund beantragt, während gleichzeitig, in den Betrieben die die Mehrheit verwaltet wie zum Beispiel in den Elektrizitätswerken während der Arbeitszeit Bier und Wein ausgeschenkt wird. In den Elektrizitätswerken II in der Engerthstrasse unterhalten zum Beispiel einige Angestellten des Betriebes, die für diese Arbeit bezahlt werden, einen Ausschank von Bier und Wein. Abgesehen davon, dass für den während der Arbeitszeit ausgeschenkten Alkohol keine Fürsorgeabgabe und keine Steuern geleistet werden, ist das überhaupt nicht am Platz. GR. Körber stellt daher den Antrag, dass in den Betrieben der Gemeinde Wien während der Arbeits-

zeit der Ausschank von Bier und Wein verboten werden soll (Beifall bei der Minderheit).

GR. Hiess begrüsst die Ausführungen des GR. Körber, weil sie zeigen, dass die Abstinenzfrage nicht von parteimässigen Gesichtspunkten behandelt wird. Was die Beschwerde des GR. Körber über den Ausschank von alkoholischen Getränken in Gemeindebetrieben während der Nachtzeit anbelangt, so arbeiten wir seit Jahr und Tag auf das intensivste daran, die Arbeiterschaft dieser Betriebe von der Schädlichkeit des Alkoholgenusses, insbesondere während der Arbeitszeit zu überzeugen und es dahin zu bringen, dass seit Jahren der Milchbezug immer mehr zunimmt. Wir hoffen, dass es uns in den Verhandlungen, die jetzt wieder eingeleitet werden, gelingen wird, die Einstellung des Ausschanks von Alkohol zu erreichen. Bisher ist es uns schon gelungen, eine Einschränkung des Ausschanks durchzusetzen. Dagegen würden wir es verfehlt halten, sich von Gewaltmassregeln Erfolge zuversprechen. Ein Diktat würde nur dahin führen, dass die Leute heimlich Alkohol schlimster Sorte in die Betriebe schmuggeln würden und dass dann die Kontrolle ganz verloren ginge. Den Antrag Körber bittet GR. Hiess der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen und der Antrag des GR. Körber der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Hiess berichtet über eine Subvention von fünftausend Schilling für den Arbeiterradiobund. Er weist auf die Bedeutung dieses Vereins namentlich im Rahmen der Rawag hin und erinnert an die Bemühungen, die auf eine Verbesserung des Programms der Rawag namentlich in dem Sinne ^{gerichtet waren} /, dass wirklich künstlerisch Wertvolles geboten wird. Wir können auch mit Freude konstatieren, dass die Darbietungen der Rawag von Jahr zu Jahr besser werden.

GR. Stöger (E.L.) bezeichnet es als ausserordentlich wünschenswert, dass das Radiowesen aus Gemeindemitteln gefördert wird. Es ist sehr zu bedauern, dass die Gemeinde für diesen Zweck im ganzen nur einen Betrag von fünftausend Schilling aufwendet und dass diese Summe dazu noch so einseitig und parteimässig verwendet wird, dass der Zweck gar nicht erreicht werden kann. Neben dem Arbeiter-Radiobund haben sich noch eine Reihe anderer Vereine die Förderung des Radiowesens zum Ziel gesetzt, deren grösster der Oesterreichische Radiobund ist, der ebenfalls seine Vertreter in der Rawag hat und in gleicher Weise wie der Arbeiter-Radiobund tätig ist. Die einseitige Begünstigung des Arbeiterradiobundes muss in Radiokreisen nur Erbitterung auslösen. GR. Stöger stellt den Antrag, dem Oesterreichischen Radiobund eine Subvention von fünftausend Schilling zu bewilligen (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

GR. Hiess bemerkt schon aus dem Umstande, dass der Arbeiterradiobund ^{in der Rawag} mehr Vertreter habe als der Oesterreichische Radioverein geht hervor, dass er die grössere Organisation ist. Dass der Arbeiterradiobund subventioniert wird,

erklärt sich daraus, dass er finanziell nicht so leistungsfähig ist und nicht soleistungsfähige Mitglieder hat wie die bürgerlichen Vereine (Widerspruch bei der Minderheit). Wie notwendig übrigens die Mitwirkung des Arbeiterradiobunds in der Rawag ist, geht daraus hervor, dass vor nicht langer Zeit ein Vortrag "Alkoholismus und Arbeiterschaft" der in der Rawag gehalten werden sollte, verboten wurde. Uebrigens wissen wir nicht, ob nicht der Oesterreichische Radioverein von der Bundesregierung subventioniert wird, da über die Subventionen der Regierung im Nationalrat nicht ebenso berichtet wird, wie über die Subventionen der Gemeinde im Gemeinderat.

Der Antrag des Referenten wird angenommen und der Antrag Stöger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St. R. Kokrda beantragt die Genehmigung der Kosten von 330.000 Schilling für die Adaptierung des Dachgeschosses im Kühlagerhaus der Stadt Wien für Einlagerungszwecke und dessen Kühlung durch Anschluss an die bestehenden maschinellen Einrichtungen.

GR. Huber (E. L.) erklärt, dass in der Geschäftswelt Gerüchte verbreitet sind, dass das Lagerhaus und Kühlhaus der Stadt Wien von der Gemeinde abgestossen und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll, an der sich vornehmlich ausländische Dampfschiffahrtsgesellschaften beteiligen sollen. Auch habe ein Betriebsrat des Kühlhauses ebenfalls schon eine diesbezügliche Aeusserung getan. GR. Huber stellt an den Referenten die Anfrage, ob bei der Gemeinde Wien tatsächlich die Absicht bestehe, das Lagerhaus abzustossen.

In seinem Schlusswort erwidert St. R. Kokrda, dass an den Gerüchten absolut nichts wahres daran ist. Es wurden weder Verhandlungen versucht, noch welche geführt.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St. R. Kokrda berichtet über den Ankauf des Hauses Eichholzgasse 50-Ratschkygasse 39. Der Kauf des Hauses hat den Gemeinderat schon im Dezember beschäftigt. Im Kaufvertrag war die Bestimmung enthalten, dass dem Leibrentner, dem Verkäufer, das Recht zusteht, das in dem Haus befindliche Geschäftslokal während des Pachttermines zu verkaufen. Die städtische Häuserverwaltung hat diese Bestimmung als möglich bezeichnet, doch wurde sie im Gemeinderate kritisiert, weshalb die Bestimmung nun aus dem Vertrage ausgeschieden wurde.

GR. Zimmerl (E. L.) erklärt, schon im Dezember festgestellt zu haben, dass das Lokal unter dem Mieterschutz steht, weshalb auch die jetzt nun eliminierte Bestimmung absolut nicht zulässig war. Es ist auch lächerlich, dass von der Mehrheit behauptet wurde, die Bewilligung des Verkaufes des Geschäftslokales sei eine soziale Tat. Breitner hat nun Weber aufmerksam gemacht, dass dieser bewilligte Verkauf des Geschäftslokales unzulässig ist, und verlangt, dass in dieser An-

gelegenheit Ordnung gemacht werde. Durch die Bedingung der Häuserverwaltung, dass der eventuelle Käufer des Geschäftslokales ihr in persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen müsse, haben Sie ihre Einstellung zum Mieterschutz bewiesen, wenn Sie Hausherren sind. Es ist absolut unzulässig, dass Sie bei der Zuweisung von Wohnungen und Geschäftslokalen solche Normen aufstellen. Die Zuweisung hat sich rein nach dem Bedürfnis des Wohnungswerbers zu richten und nicht nach seinen persönlichen Verhältnissen, ob er Mitglied aller erdenklichen sozialdemokratischen Organisationen ist, oder nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen, ob er eine schön eingerichtete Wohnung hat und den Kinderfreunden grosse Spenden gemacht hat. (Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Kokrda erwidert, dass der Hauskauf im Interesse der Arrondierung des Baublockes, auf dem das Haus steht, liegt. Es ist selbstverständlich, dass man gerade im Hinblick darauf, dass dieses Lokal eine Branntweinschänke ist, gegen einen eventuellen Wiederkäufer sich sichern muss. Uebrigens ist jetzt diese Bestimmung aus diesem Vertrag gestrichen worden.

Der Antrag wird angenommen.

ST. R. Linder berichtet über die Errichtung eines Gewerbeförderungsamtes der Stadt Wien. Er berichtet ausführlich über die Gründe, die die Stadtverwaltung veranlasst haben diese Vorlage auszuarbeiten. Der Wiener Handel, das Wiener Gewerbe und die Wiener Industrie befinden sich in schlechten wirtschaftlichen Notständen und haben ^{Mangel an} Anlage- und Betriebskapital zu leiden. Durch die bestehenden Exporthindernisse wird die Entwicklung des Gewerbes, aber noch stärker die der Industrie gehemmt. Das staatliche Gewerbeförderungsamt ist seit Jahren zu einer Exekutivstelle des Gewerbeförderungsdepartements im Handelsministerium geworden. Es wird dort das Hauptgewicht auf die Veranstaltung von gewerblichen Unterrichten gelegt. Vor allem aber werden die grösseren Unternehmungen gar nicht berücksichtigt. Der Krieg hat auch Selbsthilfeorganisationen der Gewerbetreibenden zerstört, die sehr verdienstvoll gewirkt haben. Die Gemeindeverwaltung will zuerst im kleinen Umfang auf diesem für die Volkswirtschaft so wichtigen Gebiet zu wirken beginnen und hat die Form einer Stiftung gewählt. Die Gemeinde wird 100.000 Schilling für die Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung zum Zwecke der Förderung von Gewerbe und Handel im Gebiet der Stadt Wien widmen. Die Stiftung soll von einem Kuratorium verwaltet werden, das aus dem Bürgermeister oder einem von ihm bestimmten Stellvertreter als Obmann und aus mindestens zwölf Mitglieder besteht, die vom Bürgermeister ernannt werden. Vorläufig werden die Zinsen des Stiftungskapitals und für das Jahr 1929 ein Betrag von mindestens zwanzigtausend Schilling für die Zwecke der Gewerbeförderung verwendet. Zu den wichtigsten Obliegenheiten des städtischen Gewerbeförderungsamtes zählen alle Massnahmen, die geeignet sind, Produktion und Umsatz von Gewerbe und Handel auf dem Gebiet der Stadt

Wien zu heben und Arbeitgeber und Arbeitnehmer in sozialer, ökonomischer und didaktischer Hinsicht zu fördern. Insbesondere soll das Institut die Unterstützung der gewerblichen Initiative, die Hilfeleistung in organisatorischer Beziehung und die Förderung des Absatzes von Erzeugnissen der Wiener Qualitätsindustrie pflegen. Die Gemeinde Wien wird dem neuen Institut seine Kredithilfe nie versagen. (Beifall bei der Mehrheit).

Zu diesem Antrag nimmt nun ausführlich G. R. Ellend (E. L.) Stellung. Wir stimmen mit der Mehrheit in der Frage der Errichtung eines Gewerbeförderungsamtes übereinstimmen, wenn den Worten des Referenten eine Aufrichtigkeit zukommen würde. Der Redner erinnert an die Inflationszeit, an die Zeit der Stabilisierung der Währung und erklärt, dass die Not bei Industrie, Handel und Gewerbe noch sehr gross ist. Oesterreich ist klein geworden, das Wiener Volk ist ein armes Volk geworden und es müsste tatsächlich Aufgabe der Behörden sein, alle Mittel zu ergreifen, um die Volkswirtschaft wieder aufzurichten. In der Inflationszeit hat Breitner der Wiener Bevölkerung ein umfangreiches Steuerbukett überreicht und erklärt, wenn die Währung stabilisiert ist, werde dieses erdrückende Steuerbukett abgebaut werden. Dem aber stellen Sie immer wieder Ihr starres Nein entgegen. Ueberprüfen Sie die Möglichkeit der Steuererleichterungen, unterziehen Sie die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, sowie die Fürsorgeabgabe einer Revision, nehmen Sie den unerhörten Steuerdruck von der Bevölkerung, dann wird auch dem Wiener Handel, dem Gewerbe und der Industrie geholfen sein. Wien verbaut jährlich gegen neunzig Millionen Schilling. Die Wohnungen werden aus Steuergeldern gebaut. Ihre grösste Tat wäre es, endlich einmal eine Wohnbauanleihe aufzunehmen und so den Steuerträgern die Möglichkeit zu schaffen, sich wieder Reserven anlegen und ihre Betriebe modernisieren zu können. Das wäre eine soziale Tat, die den Arbeitern und den Unternehmern grosse wirtschaftliche Vorteile bringen würde. Wenn Sie wirklich Gewerbeförderung betreiben wollen, dann nehmen Sie von der verarmten Wiener Bevölkerung die wahnsinnige Steuerlast und bereichern Sie nicht Jahr für Jahr die Gemeinde mit hunderten von Millionen von Schilling. In der Begründung zu diesem Antrag wird gesagt, dass das Gewerbe an Kapitalmangel leidet. Breitner hat vor nicht langer Zeit erklärt, wenn sich noch irgendwo Gelder ansammeln können, so muss das in den Kassen der Stadt Wien sein. Das ist der Standpunkt des Finanzreferenten und der lässt keine wirkliche Gewerbeförderung zu. Es ist Ihre erste Aufgabe, in erster Linie alle unnötigen Belastungen, die auf dem Gewerbe, dem Handel und der Industrie liegen, abzubauen. Solange das nicht geschieht, sind wir nicht in der Lage, für die Vorlage zu stimmen. (Beifall bei der Minderheit.)

Stadtrat Rummelhardt: Bei der Beratung dieser Vorlage muss daran erinnert werden, dass die Sozialdemokratie einmal die Besetzung der kleinen und mittleren Gewerbe verlangt hat, weil sie nicht konkurrenzfähig sind. Daran hat sich auch jetzt nichts geändert. Es soll auf dem wirtschaftlichen Leichenfelde des Gewerbes die sozialistische Wirtschaftsordnung aufgerichtet werden (Sehr richtig!) Redner beschäftigt sich dann sehr eingehend mit der Vorlage, die er als sehr schlampig und leichtsinnig gearbeitet bezeichnet. Es wird auf die Kurse des Gewerbebeförderungsamtes der Handelskammer verwiesen. Wir müssen diese Kurse als sehr nützlich und notwendig bezeichnen. Aber das ist nicht die ganze Arbeit. Dieses Institut hat auch einen vorzüglichen Auslandsdienst eingerichtet, der die Verbindung mit sämtlichen Konsulaten aufrechterhält und auf das intensivste arbeitet. Dazu brauchen wir kein neues Amt. Sie haben alle diese Gründe nur angeführt, weil Sie keine wirklich stichhaltigen Gründe für die Errichtung des neuen Institutes nicht wissen. Der neue Leiter kann auch nur dann erfolgreich wirken, wenn er mit allen Genossenschaften und mit dem Gewerbe-Genossenschaftsverband arbeitet. Die ganze Vorlage riecht nach Parteipolitik, von einem Plan und von einer Organisation bemerkt man überhaupt nichts. So macht man ein solches Amt nicht. Aber Sie machen so vieles, was den Gewerbestand am Erwerb behindert. Sie befehlen die Geschäfte zuzumachen, trotzdem zu dieser Zeit noch ein Erwerb erzielt werden könnte. Sie unterbinden auch die Kreditfähigkeit durch das starre Festhalten am Mieterschutz. Es wurde Dr. Vetter als ^{Erfinder} des Gewerbebeförderungsdienstes hingestellt. Wenn man hier überhaupt von Erfinden sprechen kann, so müsste vor allem Sektionschef Dr. Exner und Landesausschuss Bielohlawek genannt werden. Hier wurde wirklich viel geleistet und nicht nur für Wien allein. Das Gewerbebeförderungsamte der Handelskammer arbeitet auch für Niederösterreich, was hier bemängelt wird. Wir sind froh, dass es noch Dinge gibt, die diese beiden Länder verbinden. (Beifall bei der Minderheit). Ein Fehler der Vorlage ist auch die Organisation des geplanten Amtes. Die Zusammensetzung des Kuratoriums ist sehr eigenartig. Es müssten die Mitglieder nach dem Proporz entsendet werden. Sie werden vom Bürgermeister ernannt und niemand hat da etwas drein zu reden. Gegen diese diktatorische Macht des Bürgermeisters müsse man sich wenden. Das Organisationsstatut muss einer gründlichen Korrektur und Ergänzung unterzogen werden. Es ist gewiss nicht zu befürchten, dass die bestehenden Institute von dem geplanten Konkurrenzieren werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass jede wirkliche Gewerbebeförderung begrüsst werden soll. Aber wenn schon dieses neue Amt nach parteipolitischen Grundsätzen errichtet wird, dann soll wenigstens nicht ein allzugrosser Schaden entstehen, ein grosser Nutzen ist nach dem gegenwärtigen Statut nicht zu erwarten (Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Dr. Wagner (E.L.) bemängelt, dass der Gemeinderat fünf Wochen keine

Sitzung abgehalten hat. Auch diese Sitzung hat nur eine kärgliche Tagesordnung, was auf die Aenderung der Verfassung zurückzuführen ist. Die gegenwärtige Vorlage muss als sehr dürftig bezeichnet werden. Es ist ein Missbrauch des Gemeinderates, wenn es in der Vorlage heisst, dass sich das neue Institut erst einen Wirkungskreis schaffen soll. Sie machen es so, wie ein Geschäftsmann, der einen Laden aufmacht und sich sagt, die Kunden werden schon schön langsam kommen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass zum Direktor ein Ueberläufer aus dem Bürgertum ernannt werden soll. Es ist für die ganze Vorlage bezeichnend, dass sie den Stempel der Hilfslosigkeit in organisatorischer Beziehung trägt. Unser Gewerbe leidet heute schon an einer Ueberorganisation, die ihm schädlich ist. Sie wollen bei den Gewerbetreibenden politische Aufklärung treiben. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber es darf nicht mit Steuergeldern geschehen. Die Vorlage bietet auch gar keine Gewähr, dass die Minderheit irgend eine Kontrolle besitzt. Wir stehen also mit grösstem Misstrauen der Sache gegenüber. Aber auch die Mehrheit wird mit dieser Idee keine Freude erleben. Die massgebenden Personen der Mehrheit wissen schon, dass die Interessengegensätze so unüberbrückbar sind, dass es sich nur um einen zeitlich begrenzten Wählergewinn handeln kann, aber nicht um eine Dauersache. Ich verweise auf die Aeusserungen der Frau Abgeordneten Freundlich bezüglich der Konsumvereine. Der Redner bespricht sodann eingehend die Tätigkeit des staatlichen Gewerbeförderungsdienstes und legt dar welche ausser-
ordentlichen ^{Entwicklung} ~~Entwicklungen~~ die vom staatlichen Gewerbeförderungsdienst für das Gewerbe und den Handel eingerichteten Kurse genommen haben. Diese Kurse bieten den Gewerbetreibenden und Kaufleuten die Möglichkeit, sich mit allen Neuerungen vertraut zu machen. Darüber hinaus hat der staatliche Gewerbeförderungsdienst seine Aufmerksamkeit auch den Betriebswerkstätten zugewendet. Zu den sechs nach dem Umsturz bestandenen Musterbetriebswerkstätten sind weitere sechs gekommen und ein weiterer Ausbau ist in Aussicht genommen. Ein weiterer Zweig der Tätigkeit des staatlichen Gewerbeförderungsdienstes ist die intensive Versuchs- und Erprobungstätigkeit. Die ganze Frage der Rationalisierung wird ausgeprobt. Neue Arbeitsbehelfe, neue Maschinen werden geprüft, ebenso die Qualität der Rohstoffe ihre Neugestaltung ihre Herbereitung. Die Erprobungstätigkeit erstreckt sich vor allem auf die Verwendbarkeit von Arbeitsmethoden, Arbeitsmitteln und Material für das Handwerk. Im Anschluss daran wurde ein Bezugsquellennachweis eingerichtet. Es ist ihm auch gelungen, die Ausstellungstätigkeit wieder aufzunehmen. Die gewerbliche Zentralbücherei des staatlichen Gewerbeförderungsdienstes, die einzige gewerbliche Bücherei in Oesterreich nimmt immer mehr an Umfang und Gebrauchsfähigkeit zu. Gewerbeförderungsmittel bestehen auch bei allen Landesregierungen und sie werden von der Bundesregierung subventioniert und mit

Rat und Tat

unterstützt. Wir kritisieren es nicht, dass auch die Gemeinde Wien das Gewerbe fördern will. Aber aus der Vorlage ist nicht zu ersehen, dass Sie das wirklich tun sondern nur dass Sie einzelne Kreise des Gewerbestandes unter noch stärkeren Druck stellen ^{en} wollen. Wenn wir für die Vorlage nicht stimmen, so liegt der Grund darin, dass die Art, wie Sie das Kuratorium einsetzen, wie Sie die Diktatur des Bürgermeisters festsetzen uns die begründete Besorgnis einflösst, dass Sie aus diesem Institut ein Machtinstrument machen wollen. Wir werden uns der Stimmenabgabe enthalten (Lobhaftes Händeklatschen und Beifall bei der Minderheit).

GR. Gschladt (E.L.) bemerkt, man könnte sich sehr wohl einen dezentralisierten Gewerbebeförderungsdienst vorstellen, wenn nur eine kräftige Zentrale sichergestellt wäre. Aber in Wirklichkeit wird hier eine Zersplitterung des Gewerbebeförderungsdienstes vorgeschlagen. Die Vorlage schlägt eine so lächerlich geringe Summe für die Gewerbebeförderung vor, sie entbehrt nahezu jedes sachlichen Inhaltes und ist so dürftig, dass man unwillkürlich nach anderen Motiven suchen muss. Bekanntlich ist es ja auch ein Programmpunkt der Sozialdemokratie, dass das selbstständige Gewerbe aus dem Wirtschaftsleben zu verschwinden hat. Es ist ein Grundpfeiler der marxistischen Lehre, dass das Privateigentum an Produktionsgut beseitigt werden muss. Hier zeigt sich das Januskopf der Sozialdemokratie. Haben die Sozialdemokraten diesen Hauptpunkt ihrer Lehre vergessen oder geben sie ihn auf? Es wäre notwendig, dass uns der Referent darüber aufklärt. Die bisherige Verwaltung der Gemeinde durch die Sozialdemokraten wehrt darauf hin, dass die Sozialdemokraten gar nicht daran denken, diesen ihren Programmpunkt aufzugeben. Das beweist ihre Steuerpolitik, die Kommunalisierung ganzer Erzeugungszweige und ganzer Gewerbekatégorien, und die systematische Ausschaltung der Kleingewerbetreibenden. Die Sozialdemokraten, die angebliche Feindin des Grosskapitals verbündet sich auch mit dem Grosskapital gegen das kleine und mittlere Gewerbe. Wir haben nur die eine Erklärung für die Vorlage, dass das Gewerbeinstitut der Deckname für ein Institut zur Züchtung sozialdemokratischer Gewerbetreibender sein soll. Ähnlich wie es die Verwaltungsakademie für die Beamten der Stadt Wien und die Lehrerakademie sein soll. Das neue Institut wird die Zentrale für die roten Fachverbände sein und deren Geschäfte besorgen. Die geradezu frivol lächerliche Dotierung des Instituts, der Widerspruch zu ihrem Programm die Persönlichkeit des präsuntiven Direktors all das zeigt, was der Zweck des Institutes sein soll. Wir haben zu ihm kein Vertrauen und werden daher für die Vorlage nicht stimmen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Kolassa (E.L.): In der heutigen Zeit in der wir überall mit Sparmassnahmen bedacht werden und in der begreiflicherweise jede Wirtschaft mit Sparmassnahmen vorgehen muss, muss es merkwürdig bedünken, dass ein neues In-

stitut geschaffen werden soll. Der staatliche Gewerbeförderungsdienst und das Gewerbeförderungsinstitut haben sich zeitgemäss umgestellt und leisten mit den vorhandenen Mitteln grossartiges. Es wäre notwendig, dass die Gemeinde wenn sie wirklich das Gewerbe fördern will in die Gewerbeförderung, die wir bisher haben eintritt und sie unterstützt statt etwas neues zu schaffen. Das Gewerbeförderungsinstitut der Gemeinde Wien soll schliesslich und endlich dieselben Ziele und Zwecke verfolgen, die der Gewerbeförderungsdienst des Bundes und der Kammer in durchaus mustergiltiger Weise verfolgt. Wenn man die Mittel des Bundes und der Kammer mit denen der Gemeinde vergleicht, die für Gewerbeförderung ausgegeben werden sollen, erkennt man sofort, dass mit den vorgesehenen Mitteln die Gemeinde überhaupt nichts leisten können. Der Bund hat für die Gewerbeförderung für das Jahr 1929 581.293 Schilling eingesetzt und die Kammer 210.000 Schilling. Die vorgesehenen Mittel der Gemeinde aber sind lächerliche; dafür kann nicht einmal das Büro erhalten werden. Da die Vorlage Ihre wahren Ziele nicht preisgibt, haben wir zu ihr kein Vertrauen und können deshalb für sie nicht stimmen (Beifall bei der Minderheit).

H. Altmayer (M.) lehnt ebenfalls die Errichtung eines Gewerbeförderungsinstitutes ab. Statt dass die Gemeinde durch Steuererleichterungen den Gewerbetreibenden zur Seite steht, werden diese von ihr nur verfolgt. Sie sind erst in den letzten Jahren gewerbefreundlich geworden, da sie mit ihren Sozialisierungsproblemen überall Fiasko erlitten haben. Unter dem Herrn Vetter wird das Gewerbeförderungsinstitut ein Gewerbebeförderungsinstitut werden. (Beifall bei der Minderheit).

St. A. Lindor kommt in seinem Schlusswort auf die Ausführungen der einzelnen Redner zu sprechen. Es wäre ihm lieber gewesen, sagte er, wenn die Mitglieder der Minderheit an der Vorlage eine sachliche Kritik geübt hätten. Wenn behauptet wird, dass die Gemeinde schon erst jetzt ihr Herz für die Gewerbetreibenden entdeckt hat, so weise ich darauf hin, dass durch die ungeheure Aufbauarbeit der Gemeinde Hunderte von Gewerbetreibenden und tausende von Arbeitern beschäftigt bekommen haben. Hinsichtlich der Forderung nach Steuernachlässen erklärt der Referent, dass die kleinen Gewerbetreibenden ausser derohnbausteuer keine Gemeindeabgabe zu leisten haben. Das Gewerbeförderungsinstitut der Gemeinde wird vom Kuratorium, von der Aufsichtsbehörde und vom Gemeinderat kontrolliert. In das Kuratorium werden auch Mitglieder der Minderheit entsendet. Der Redner erinnert dann, dass bei der Gründung des alten Gewerbeförderungsinstitutes im Jahre 1892 im Staatsvoranschlag nur zehntausend Gulden eingesetzt waren. Die Mittel, die die Gemeinde heute zur Verfügung stellt, reichen für den Anfang aus. Es ist ein Vorzug der Vorlage, dass ihrem Wirkungskreis keine Grenzen gezogen sind. Auch die

Mitglieder der Minderheit werden das Werk noch leben. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird genehmigt.

GR. Zimmerl begründet nun die Dringlichkeit seines Antrages. Die Organe der Gemeindegewache haben festzustellen, ob die Lizenz in Ordnung ist, ob die Lustbarkeitsabgabe angemeldet oder pauschaliert ist, und haben zu kontrollieren, ob ein Fest rechtzeitig abgebrochen wird. Für solche zivile Handlungen werden zwei Mann geschickt, die dazu noch uniformiert sind, mit Gummiknüeten und Revolver ausgerüstet sind und in dieser Aufmachung in den Lokalen umhergehen. Bei einem Fest der Sicherheitswache haben sogar drei Mann Dienst gemacht. Während früher Kriminalbeamte die Aufsicht führten, die niemanden auffielen, wird jetzt die Bevölkerung durch die Organe der Gemeindegewache geradezu provoziert. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen und es dann zu unangenehmen Auftritten kommen wird. Das wäre sehr bedauerlich, aber die Verantwortung müssen sie tragen. Während die Sozialdemokratie früher gegen den Polizeigeist gewütet hat, schickt sie jetzt bewaffnete Organe zu harmlosen Veranstaltungen. Uebrigens ist die Gemeindegewache eine Parteigarde, die sich die sozialdemokratische Partei selbst zahlen soll. Und weil sie eben eine Parteigarde ist, hat die Bevölkerung zu ihr kein Vertrauen. (Beifall bei der Minderheit).

Bürgermeister Seitz erklärt, die Frage, ob die Organe der Gemeindegewache bei solchen Veranstaltungen in Zivil oder in Uniform ihren Dienst versehen sollen, steht derzeit schon in Behandlung und es ist wahrscheinlich, dass sie ihren Dienst in Zivil versehen werden, schon deshalb, weil das Theatergesetz vorsieht, aus den Polizeiorganen immer mehr Organe ziviler Art zu machen. Hoffentlich wird bald die Zeit kommen, in der die Staatsbürger, wenn sie sich unterhalten keiner Beaufsichtigung durch Behörden bedürfen. Was die Frage der Vermehrung des Standes der Gemeindegewache anlangt, so kann ich feststellen, dass derzeit keine Rede davon ist. Der Gemeinderat hat einen Stand von tausend Personen vorgesehen, wir haben derzeit nicht einmal die Hälfte davon eingestellt und es besteht daher auch nicht die Absicht, eine Vermehrung des Standes über das bewilligte Ausmass anzusprechen. Ich bestreite nicht, dass, wenn man die Frage einseitig vom Standpunkt des Gemeinde- oder des Staatsbudgets betrachtet, der heutige Zustand teurer scheint als der im Vorjahr. Per Saldo ist er viel billiger. Die Kosten für die Beistellung der Wacheorgane des Bundes in den einzelnen Lokalen wurden nämlich von den Lokalbesitzern teuer bezahlt, was bei der Gemeindegewache nicht der Fall ist, aber es wäre ein Unrecht, die Lokalbesitzer das Bedürfnis einer Behörde, zu beaufsichtigen, zahlen zu lassen. Was den Vorwurf anlangt, dass die Gemeindegewache einen Parteicharakter hat, so erkläre ich, ich würde es niemals billigen, dass offiziell - le Polizei- und Gemeindeorgane einen Parteicharakter annehmen. Auf den Vorwurf, dass die Gemeindeorgane eine provokatorische Haltung einnehmen, kann ich nur erwidern, dass nach dem allgemeinen Urteil die Organe der Gemeindegewache in taktvoller Weise ihren Dienst versehen und es noch nirgends zu einer Beanstandung gekommen ist. (Beifall bei der Mehrheit).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. (Lärm bei der Minderheit).

Schluss der Sitzung 21'30 Uhr.

Wien, am Samstag, den 26.Jänner 1929

Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes. Uebermorgen Montag wird das vom Wiener Landtag beschlossene Gesetz über die Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes verlautbart werden. Dieses Gesetz stimmt inhaltlich mit dem Bundesgesetz vom 10. Juli 1928, betreffend die Aenderung des Reichsvolksschulgesetzes, überein. Nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen sind zur Abänderung der Schulgesetze übereinstimmende Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates und der Landtage notwendig. Nach den geänderten Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes wird in Hinkunft die Schulpflicht acht Jahre dauern, der Austritt aus der Schule darf nur am Schlusse eines Schuljahres erfolgen. Nach den derzeit geltenden Bestimmungen endet die Schulpflicht mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahr, der Austritt kann auch während des Schuljahres erfolgen. Die geänderten Bestimmungen werden für das Land Wien am 1. Februar 1929 in Kraft treten. Es werden also alle jene schulpflichtigen Kinder, die in der Zeit zwischen dem 1. Februar 1929 und dem Ende des Schuljahres 1928/1929 das vierzehnte Lebensjahr vollenden, nicht, wie es nach den derzeit in Geltung gestandenen Bestimmungen möglich war, mit Vollendung des vierzehnten Lebensjahres austreten können, sondern sie müssen das laufende Schuljahr noch zur Gänze absolvieren. Gleichzeitig wird eine vom Landeshauptmann auf Grund der Gewerbeordnung erlassene Verordnung betreffend die Aufnahme von Lehrlingen publiziert werden. Nach Paragraph 97, Absatz 2 der Gewerbeordnung in der Fassung der Gewerbenovelle vom Jahre 1928, darf ein Lehrling erst nach Beendigung des Schuljahres, in dem er das vierzehnte Lebensjahr vollendet, aufgenommen werden. Diese Bestimmung ist der geänderten Fassung des Reichsvolksschulgesetzes, das die achtjährige Schulpflicht einführt, angepasst. Für jene Fälle jedoch, in denen Kinder mit Altersdispens vor Vollendung des sechsten Lebensjahres in die Schule eintreten und daher das achte Schuljahr vor Vollendung des vierzehnten Lebensjahres beenden, musste durch die Verordnung des Landeshauptmannes insoferne eine Ausnahme gemacht werden, als diese Schüler schon nach Beendigung des achten Schuljahres, also vor Vollendung des vierzehnten Lebensjahres, als Lehrlinge aufgenommen werden dürfen. Die Verordnung des Landeshauptmannes tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Aus den Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Margareten hält ihre nächste Sitzung übermorgen Montag um 17 Uhr ab. Die Bezirksvertretung Alsergrund tritt in der kommenden Woche am Mittwoch ebenfalls um 17 Uhr zusammen.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde nicht einberufen.

Ein amerikanisches Urteil über die Wiener Wohnbautätigkeit. Die "New York Sun" veröffentlichte am 29. Dezember einen Bericht von H. Murray Jacoby, Mitglied des National Housing Committee, dessen Ehrenpräsident Hoover ist. Es wird vor allem die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien besprochen. Die in gigantischem Massstab durchgeführte Bautätigkeit der Gemeinde Wien, schreibt Jacoby, 'hat Ergebnisse gezeigt, die zu den grössten Sehenswürdigkeiten in Europa gehören. Die gutgebauten Wohnungen sind vielfach mit Balkons versehen und von geräumigen Höfen umgeben. In vielen Fällen ist der Hof in einen Spielplatz umgewandelt, wo Bänke für die Mütter und Sandhaufen für die Kleinen vorgesehen sind. Im Parterre befindet sich ein Gesellschaftsraum, in dem von Zeit zu Zeit Unterhaltungen stattfinden. An dem heissen Sommertag, an dem Jacoby eine Reihe solcher Volkswohnungen besichtigte, konnte er mit Befriedigung wahrnehmen, wie die Kinder, statt auf den Strassen oder in luftlosen Höfen zu verschmachten, in den Planschbecken herumtummelten, die sich bei den Gemeindegäusern befinden. Jacoby konnte nicht umhin, Betrachtungen darüber anzustellen, warum in New York, der reichsten Stadt der Welt, noch immer so trostlose Wohnverhältnisse herrschen, während in dem verarmten Wien ein Häuserblock entsteht, in welchem prächtige Wohnungen für die unbenittelte Bevölkerung gebaut werden. In jeder anderen Beziehung, sagt Jacoby, ist Amerika fortgeschritten, aber im Wohnbau ist ihm Europa weit überlegen, und alle Amerikaner müssten die moralische Verpflichtung empfinden, mit dem System der Elendswohnungen zu brechen.

Keine Agenten beim städtischen Gaswerk. Agenten privater Firmen erscheinen in letzter Zeit wieder bei Gasabnehmern, geben sich als Angestellte der städtischen Gaswerke aus, untersuchen die Gasgeräte und drängen zum Ankauf neuer Geräte. Dazu wird festgestellt, dass die städtischen Gaswerke sich niemals Agenten beim Verkauf von Gasgeräten bedienen. Sie haben zwar seit einiger Zeit die Untersuchung der Gasanlagen im Interesse ihrer Kunden aufgenommen, künden aber den Besuch ihrer Organe einige Tage vorher den Parteien an. Diese machen die Gasabnehmer nur auf bestehende Mängel aufmerksam, nehmen jedoch niemals Bestellungen entgegen. Die Organe der städtischen Gaswerke sind übrigens mit dienstlichen Ausweispapieren versehen, die sie auf Verlangen jederzeit vorweisen müssen.

Die heurigen Semesterferien. Entsprechend den geltenden Bestimmungen fallen heuer die Semesterferien an den Wiener Schulen auf Montag, den 4. Februar, und Dienstag, den 5. Februar.

Verstärkte Hauskehrichtabfuhr. Bei dem herrschenden Schneewetter ist es unmöglich die Colonia Sammelzüge mit zwei Anhängern laufen zu lassen. Es konnten daher in der letzten Zeit die Colonia Sammelzüge nur mit einem Anhängewagen verwendet werden. Dadurch ist in der Kehrichtabfuhr in einzelnen Gebietsteilen Wiens eine kleine Verzögerung eingetreten. Diese wird nun dadurch wettgemacht, dass der gesamte Kehrichteinsammlungsdienst auch morgen Sonntag durchgeführt wird.

Ausschreibung der Kunstpreise der Stadt Wien. Wie in den vorhergegangenen Jahren hat der Wiener Gemeinderat auch für die Kunstpreise für 1929 den Betrag von 9000 Schilling bewilligt, der für die Preiskrönung hervorragender Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst (Architektur, Bildhauerei und Malerei) bestimmt ist. Während jedoch bisher auf jedem Kunstgebiet drei Preise von je tausend Schilling vergeben wurden, wird nunmehr nur je ein Preis von dreitausend Schilling verliehen. Bewerbungsberechtigt sind Wiener Künstler mit Werken aus den letzten fünf Jahren, die sich bis längstens 28. Februar schriftlich um einen Preis bewerben. Die betreffende Eingabe ist mit vollem Namen und Adresse an die Direktion der städtischen Sammlungen zu richten. Die Preise werden nach den Vorschlägen eines Preisrichterkollegiums und den Beschlüssen des Stadtsonates am 1. Mai verliehen. Die näheren Bestimmungen sind in der Kanzlei der städtischen Sammlungen, I., Neues Rathaus, an Wochentagen von 8 Uhr bis 13 Uhr zu erfahren.

Eine Feier für die ehemaligen Pfleglinge der Lehrlingserholungsheime. Morgen Sonntag um halb zehn Uhr vormittags veranstaltet die Lehrlingsfürsorgeaktion im Theatersaal des Arbeiterheimes Ottakring, Kreitznergasse 31, eine Wiederschensfeier für die ehemaligen Pfleglinge der Erholungsheime Schloss Neulengbach, Wieselburg an der Erlauf, Schloss Atzenbrugg, Bruck an der Leitha, Fischau an der Schneebergbahn, Gobelburg am Kamp und Grödig bei Salzburg. Es werden Staatsopernsänger Anton Arnold, das Mandelquartett und ehemalige Pfleglinge aus den Lehrmädchenheimen mitwirken. Die Festrede hält der Leiter der Aktion Marianek.

Spenden. Die Niederösterreichische Exkomptogesellschaft hat zu Handen des Bürgermeisters fünftausend Schilling zur Verteilung nach freiem Ermessen gespendet. Der unter dem Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter hat für bedürftige Schulkinder der Knaben- und Mädchen-Volks- und Bürgerschulen in Favoriten, Quellenstrasse 31, Randhartingergasse 17, Thavonatgasse 20 und in der Brigittenau, Allerheiligenplatz 7 insgesamt 105 Paar Schuhe und 28 Dutzend Strümpfe gespendet. Der Bürgermeister hat in der letzten Gemeinderatssitzung den Spendern den Dank ausgesprochen.

Wien, am Samstag, den 26.Jänner 1929

Zweite Ausgabe

Die Sperrung des Kinderpensionates in Pötzleinsdorf. Der Stadtschulrat hat auf Grund der Erhebungen einer Kommission, bestehend aus Vertretern des Stadtschulrates, des Gesundheitsamtes und des Bauamtes, das Pensionat für schwachsinnige Kinder "Helios" in Pötzleinsdorf mit Zuschrift vom 16.d.gesperret. Es wurde verfügt, dass die dort befindlichen Kinder innerhalb einer angemessenen Frist anderwärtig unterzubringen sind. Man hätte erwartet, dass die Oeffentlichkeit, die sich mit Recht für alle Fürsorgemassnahmen interessiert, diese Vorkohrungen der Behörde begrüsst und darin ein Zeichen der besonderen Sorgsamkeit sieht. Nun scheint es in den letzten Tagen dem Inhaber dieses Institutes, das ein auf Gewinn berechnetes Unternehmen ist, gelungen zu sein, einige Zeitungen für den Fall zu interessieren. Während nun ein Teil dafür eintritt, dass das Pensionat "Helios", dem angeblich Unrecht geschieht erhalten bleiben soll, verlangt der andere Teil, dass alle diese Anstalten gesperrt werden sollen und die Betreuung schwachsinniger Kinder der Gemeinde übertragen werden soll. In einzelnen Tageszeitungen wird auch von politischer Einflussnahme geschrieben und in einem Blatt wird heute sogar ein Zeugnis des Primarius Dr.Koch teilweise veröffentlicht. Es ist deshalb notwendig die Angelegenheit in breitester Oeffentlichkeit zu besprechen.

Ein Herr Viktor Weis betreibt ein Pensionat, in dem er schwachsinnige Kinder hält. Der Mann hat die Befugnis der ihm verliehenen Bewilligung öfters überschritten und wurde auch vom Stadtschulrat deshalb verwarnt. Schon Ende Oktober 1928 wurde ihm mitgeteilt, dass die Schliessung der Schule erfolgen müsse, wenn er den Rahmen der ihm erteilten Konzession überschreite und sich an die Aufträge der Behörde nicht halte. Die Ziehkinderaufsichtsstelle des städtischen Jugendamtes hat im September 1928 die Anstalt des Herrn Weis durch die Fürsorgerin Köchlin besuchen lassen. Das Ergebnis dieses Besuches war, dass die Fürsorgerin dem Ziehkinderarzt Dr.Kernmayer ernste Bedenken über die Führung der Anstalt äusserte. Fürsorgerin und Ziehkinderarzt haben am 8.November 1928 die Anstalt neuerlich besucht und wie die Meldung lautet "in einem skandalösen Zustand" vorgefunden. Herr Weis hat sich dahin ausgedrückt, dass er eben übersiedle. Am 4.Dezember 1928 erschienen als Vertreter der Ziehkinderaufsichtsstelle Magistratsoberkommissär Parwill, Dr.Kernmayer und die Fürsorgerin Köchlin in der Anstalt. Sie haben über ihre Wahrnehmungen einen Bericht erstattet aus dem folgendes angeführt sei: "Die Räume sind überaus unrein. Debile und normale Kinder waren beisammen. Die Betten ungeordnet und von unzweifelhafter Unsauberkeit. Ein Bild der Schlaperei, wie es den Ziehkinderaufsichtsorganen noch nirgends untergekommen ist. Die Kinder können nur durch die

Privatwohnung des Hauseigentümers in das Badezimmer gelangen. Die Kommission selbst konnte überhaupt nicht dahin gelangen. Das Aufsichtspersonal besteht vor allem aus Familienmitgliedern des Leiters."

Durch diese Berichterstattung bewogen, besuchte eine Kommission des Stadtschulrates am 10. Jänner 1929 neuerdings die Anstalt. Aus dem Bericht dieser Kommission sei folgendes angeführt: "Küchenfussboden schmierig. Küchenmöbel unrein, vorstaubt. Geschirr des Hausbesitzers mitten unter dem Geschirr für die Zöglinge. Die Gläser und Teller schmierig und fettig. Eine besonders verrostete und verschimmelte Fleischwiege wurde als corpus delicti mitgenommen. Klosetts schmutzig. In der Wackküche ein Kübel mit Hundefutter offen stehend. Der Keller eine Mistablagerungsstätte. Im Schlafraum Fussboden verstaubt. Ebenso die Möbel. Die Kautschukunterlage in den Betten der Bettnässer nicht mehr zu erkennen, nur Fetzen. Der Zugang zum Isolierzimmer durch Möbel verstellt. Strohsäcke der Bettnässer verfault."

Wie Herr Weis seine Anstalt führt, geht aus folgender von fünf Mitgliedern der Kommission ermittelten Erhebung hervor: Die Kommission musste vor dem Gitter der Anstalt eine Viertelstunde warten, obwohl das Glockensignal im Haus deutlich vernommen wurde. Vom Sprechzimmer des Herrn Weis sieht man auf den Eingang. Schliesslich wurde geöffnet und die Revision konnte beginnen. Man kam zu einer gesperrten Tür. Auf die Frage, was in dem versperrten Raum sei, erwiderte Herr Weis, dass sei sein Privatraum. Auf die weitere Frage, ob Kinder in dem Raum sind, antwortete Herr Weis strikte: Nein! Da die Kommission, vor allem aber der Arzt, durch die Erfahrungen bewogen, den Wunsch aussprachen, doch auch diesen Raum zu besichtigen, erklärte Herr Weis, seine Frau hätte den Schlüssel, doch sei sie nicht zu Hause. Es wurde verlangt, dass der Schlüssel geholt werden soll. Nun gab Herr Weis den Schlüssel ab und sagte, das Mädchen, das diesen Raum aufzuräumen habe, hat den Schlüssel bei sich gehabt. Das Zimmer wurde geöffnet. Es waren vier Kinder in diesem Raum. Eines war das vierjährige Kind des Herrn Weis, eines ein ungefähr fünfjähriger Idiot in Hemd mit Kot beschmiert, eines im Alter von etwas über Jahren und ein vierzehnjähriges Mädchen. Wird eine Anstalt ordentlich geleitet, so ist es völlig ausgeschlossen, dass auf solche Weise versucht wird, der Behörde schwachsinnige Kinder zu verheimlichen. Es genügt dieser eine Faktor vollständig, um die Führung der Anstalt zu kennzeichnen. In der Anstalt war weder ein Verzeichnis der Kinder auffindbar, noch wurden Dokumente der Kinder vorgezeigt. Das ist ein Bild der Führung dieser Anstalt, die nach einer Mitteilung des Advokaten des Herrn Weis Dr. Paulitschke auf dem Gebiet der heilpädagogischen Erziehung internationalen Ruf geniesst. Die Internationalität dürfte wohl darin bestehen, dass in der Anstalt Kinder verschiedener Nationen gegen Bezahlung in der beschriebenen Art und Weise untergebracht sind. Es handelt sich hier um eine Privatanstalt, die schlecht geführt und daher geschlossen wurde. Dort werden schwachsinnige Kinder wohlhabender Eltern betreut. Für die anderen schwachsinnigen Kinder armer Eltern ist genügend vorgesorgt. Die Gemeinde

Rathauskorrespondenz vom 26. Jänner 1929. Zweite Ausgabe

Wien hat mit dem Land Niederösterreich bei der Aufteilung der Humanitätsanstalten insoferne für die schwachsinnigen Kinder vorgesorgt, dass in der Anstalt in Gugging achtzig Betten zur Verfügung stehen. Die Gemeinde Wien hat ausserdem seit vielen Jahren in der Anstalt in Biedermannsdorf 150 Betten für solche Kinder. Im Säuglingsheim des Wiener Zentralkrippenvereines hat die Gemeinde Wien 50 Betten. Die Zahl dieser Betten hat bisher vollkommen genügt. Alle diese Anstalten stehen unter strengster Kontrolle der Behörden. Es kann nicht die Aufgabe der Gemeinde sein, Privatanstalten für Kinder wohlhabender Eltern zu ersetzen. Die Gemeinde besitzt ja auch kein Sanatorium, wo reiche Kranke gepflegt werden. Es wird nach wie vor Sache der Privatanstalten sein, für die schwachsinnigen Kinder von Eltern, die entsprechend bemittelt sind, wobei vor allem, wie der Fall Pötzleinsdorf zeigt, Ausländer in Betracht kommen, vorzusorgen. Für die schwachsinnigen Kinder, soweit sie bei den Eltern sind, sorgt die Gemeinde für eine gute Erziehung in den eigenen Hilfsschulen, während die Kinder, die arme Eltern haben und für den Besuch der Hilfsschule nicht geeignet sind, in die erwähnten Gemeindevanstalten kommen.

Riesige Ausgaben der Gemeinde für die Schneesäuberung.Nahzu drei Millionen Schilling!

Schon seit vielen Jahren hat die Stadtverwaltung keine so gewaltige Ausgabe für die Schneesäuberung zu verzeichnen, als dies heuer der Fall ist. Die Kosten der Schneebeseitigung haben bereits eine Höhe erreicht, die gewiss in der breiten Öffentlichkeit auf grosses Interesse stossen wird. Die Gemeindeverwaltung hat einen ungeheuren Apparat aufgebaut, um nach den zwei grossen Schneefällen am 2. und 23. Jänner die Strassenflächen für den Verkehr frei zu bekommen. Dies bedingte eine ganz aussergewöhnlich hohe Ausgabe. Sie beträgt bis heute nicht weniger als 2.9 Millionen Schilling. Davon entfällt natürlich der grösste Teil auf die Löhne der Schneearbeiter. Grosse Summen beansprucht auch der von privaten Fuhrwerkern durchgeführte Schneefuhrdienst. Selbstverständlich steigen die Kosten mit jedem Tag, so dass eine Endsumme nicht genannt werden kann.

Heute hat der städtische Fuhrwerksbetrieb ausser 1070 eigenen Strassenarbeitern 13.573 Arbeitslose in den Dienst gestellt. Die städtischen Strassenbahnen haben für die Freimachung der Gleise 6.800 Arbeitslose aufgenommen, sodass heute insgesamt 20.373 Arbeitslose Beschäftigung fanden.

Wien, am Montag, den 28. Jänner 1929

30.502 Schneeschaufler. Der städtische Fuhrwerksbetrieb und die städtischen Strassenbahnen setzten Tag und Nacht die Schneecräumungsarbeiten fort. Gestern Sonntag standen 16.053 Arbeitslose in Verwendung und heute wurden 14.449 Arbeitslose für die Schneecräumungsarbeiten aufgenommen. An eigenen Strassenarbeitern wurden gestern 1050 und heute 1013 in den Dienst gestellt. Für die maschinelle Schneesäuberung verwendete gestern der städtische Fuhrwerksbetrieb 242 Pferdeschneepflüge, 11 Autoschneepflüge und für die Schneecräftigung 718 zweispännige Fuhrwerke, 79 Kabszüge, 133 Lastkraftwagen und die Schneecräummaschine. Heute wurden 191 Pferdeschneepflüge, 7 Autoschneepflüge und 876 zweispännige Fuhrwerke, 74 Kabszüge, 92 Lastkraftwagen und die Schneecräummaschine herangezogen. Bei den städtischen Strassenbahnen standen alle Motorschneepflüge in Betrieb. Durch den Schneesturm wurden in den äusseren Bezirken viele Strassen so stark verweht, dass sie mit Schneepflügen nicht gesäubert werden können. Sie müssen vielmehr von den Schneearbeitern ausgeschaufelt werden.

Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Johann und Theresia Chmelnik, Paul und Karoline Hoffarth und Karl und Antonio Kratochwil anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Autosteuerbefreiungen! Obwohl nur mehr wenige Tage für die Lösung der Kraftwagenabgabekennzeichen für das Jahr 1929 zur Verfügung stehen, haben bis jetzt noch etwa ein Viertel der Besitzer von Privatautomobilen und ein Drittel der Autotaxibesitzer die Steuerbefreiungen nicht beantragt. Es wird neuerdings darauf aufmerksam gemacht, dass im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen die Steuerbefreiungen unbedingt im Laufe des Jänner zu lösen sind und dass bei Unterlassung dieser Verpflichtung nicht nur ab 6. Februar infolge der verspäteten Einzahlung der Jännerabgabe ein zehnprozentiger Verzögerungszuschlag zur Anrechnung kommt, sondern unbedingt in allen Fällen auch mit Ordnungsstrafen vorgegangen werden muss.

Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung. Dieser Tage ist das dritte Sonderheft des Jahrganges 1928 der von der Magistratsabteilung für Statistik herausgegebenen Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien erschienen. Das über 200 Seiten starke Werk bringt ein ausführliches statistisches Material über Bevölkerung, Gesundheitswesen, Fürsorgewesen, Arbeitsverhältnisse, Bauwesen, Verkehr, Handel, Gewerbe und Industrie, Produktion und Zufuhren und dergleichen.

Filialkonzessionen im Schank- und Gastgewerbe. Im Auftrag des Fachvereines der sozialdemokratischen Wiener Gastwirte erschienen heute beim Bürgermeister Obmann Schaffhaubt und die Vorstandsmitglieder Kührer, Quiner und Schwarz. Obmann Schaffhaubt machte den Bürgermeister darauf aufmerksam, dass das Bundesministerium für Handel und Verkehr in einem Falle der Errichtung von Filialen einer Leichenbestattungskonzession den Standpunkt vertreten habe, in diesem Verfahren komme der Gemeinde und den Genossenschaften nicht die Parteistellung zu, die sie sonst im Konzessionsverleihungsverfahren gewährleistet haben. Diesen Standpunkt habe auch der Verwaltungsgerichtshof bestätigt. Die Wiener Gastwirte, die einen sehr schweren Existenzkampf zu führen haben, seien durch diese Entscheidung sehr beunruhigt, weil es nun möglich sei, dass mit einer Konzession beliebig viele Gasthäuser betrieben werden, ohne dass die Genossenschaft dabei etwas mitzureden habe. Dadurch würde die Konzession völlig entwertet und es würden vor allem die kapitalsarmen kleinen und mittleren Gastwirtschaftsbetriebe schwer geschädigt, die schon heute unter der Konkurrenz stark zu leiden haben. Bürgermeister Seitz erklärte, dass ihm diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes bekannt sei. Sie sei auch bereits in zwei Fällen der Bewilligung von Filialen von Gast- und Schankgewerbebetrieben der Entscheidung zugrundegelegt worden. Er werde aber mit Rücksicht auf die heutige Versprache dem Magistrat anweisen, in der nächsten Zeit keine solchen Filialkonzessionen mehr zu verleihen, um zu sehen, wie sich die Angelegenheit entwickelt.

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hat heute wieder eine Reihe von Subventionen der Gemeinde Wien beschlossen. So erhält die Arbeitsgemeinschaft "Kauft österreichische Waren" eine Subvention von fünftausend Schilling. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich die Aufgabe gestellt, eine grosszügige Werbetätigkeit für den Inlandverbrauch heimischer Erzeugnisse zu entfalten. Die fachliche Fortbildungsschule des Gremiums der Hoteliers und Pensionsinhaber in Wien wurde mit viertausend Schilling subventioniert. Je zweitausend Schilling erhalten die Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule und die Freiwillige Feuerwehr Josefsdorf am Kahlenberg. Schließlich hat der städtische Finanzausschuss für das Labor-Grabdenkmal-Komitee eine Subvention von fünfhundert Schilling beschlossen.

Wiener Bevölkerung. Der Stand der Wiener Bevölkerung wurde für Ende Dezember mit 1,855.751 Personen berechnet. Davon sind 856.721 Männer und 999.030 Frauen.

Wien, am Dienstag, den 29.Jänner 1929

.....
Die Industriellen verlangen die Verlängerung der städtischen Ausfallhaftung für Russlandaufträge. Der Wiener Gemeinderat hat, wie wiederholt mitgeteilt wurde, beschlossen, für Russlandaufträge/hundert Millionen Schilling die Ausfallhaftung zu übernehmen. Dieser Betrag wurde in zwei Teile zerlegt. Die erste Bestellperiode endete am 30. Juni 1928 und umfasste sechzig Millionen Schilling. Der Termin wurde dann bis 31. Dezember 1928 verlängert. Bis zu diesem Tag hat die Gemeinde die Haftung für rund fünfzig Millionen Schilling Russlandaufträge übernommen. Der Wiener Industriellenverband, der Verband der Elektrizitätsindustrie Oesterreichs und der Verband der österreichischen Maschinenindustrie haben nun in Eingaben an die Gemeindeverwaltung darauf verwiesen, dass eine Reihe von Mitgliedern dieser Verbände nicht unwesentliche Aufträge für Russland infolge der Gemeindegarantie übernehmen konnte. Es war dadurch möglich, die Kapazität der Betriebsanlagen besser auszunutzen und eine grössere Zahl von Arbeitern und Beamten einzustellen. Die Elektrizitätsindustrie teilt mit, dass noch grössere Angebote schweben, auf Grund deren der österreichischen Industrie Aufträge zugeführt werden könnten, wenn die Haftung der Gemeinde zunächst wenigstens für den nichtverbrauchten Teil der Gemeindegarantie verlängert würde. Es würden sicher auch neue Anfragen grösseren Umfanges den österreichischen Elektrizitätsfirmen zugehen, wenn Aussicht bestünde, dass auch der zweite Teil der Gemeindehaftung nach Erschöpfung des ersten Teiles in Kraft gesetzt und für dessen Erschöpfung eine längere Frist gewährt würde. Der Ausfall der Russlandaufträge würde sich für die Elektrizitätsindustrie in kurzer Zeit sehr ungünstig fühlbar machen. Der Wiener Industriellenverband macht den Gemeinderat darauf aufmerksam, dass in Wahrung der Interessen einer grösseren Anzahl an Export nach Russland interessierten Wiener Industrieunternehmungen, die Fachverbände der Maschinenindustrie, Elektroindustrie und Automobilindustrie, an den Finanzreferenten die Bitte gerichtet haben, es möge rückwirkend vom 1. Jänner 1929 der aus dem ersten Teil des Russenkredites übriggebliebene Betrag von zehn Millionen Schilling für die Garantie russischer Aufträge herangezogen und andererseits der zweite Teil von vierzig Millionen Schilling aktiviert werden. Der Industriellenverband meint, dass gegen eine Willfährung dieses Ansuchers kaum ernstliche Bedenken bestehen könnten, zumal dadurch nur eine Aktion im Interesse der Belebung der Wiener Industrie zu Ende geführt werden soll und dabei keine grösseren Risiken eingegangen werden, als ursprünglich ins Auge gefasst war. Schliesslich heisst es in dem Schreiben des Industriellenverbandes, dass ein plötzlicher Abbruch dieser Aktion aus rein formellen Gründen, weil der Termin abgelaufen ist, möglicherweise eine viel schwerere Schädigung des Russengeschäftes mit sich bringen könnte, als wenn

diese Aktion überhaupt nie eingeleitet worden wäre. Die genannten Verbände sprechen die Hoffnung aus, dass der Wiener Gemeinderat diese Verlängerung des Haftungsgesetzes für das Russlandgeschäft beschlossen werde.

Entfallende Sprechstunde. Morgen Mittwoch entfällt die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

Subventionen der Gemeinde Wien. Wie schon gemeldet, hat der städtische Finanzausschuss am Montag wieder eine Reihe von Subventionen beschlossen. So erhält die Gesellschaft der Musikfreunde eine Subvention von fünftausend Schilling. Die Gesellschaft zur Förderung des Verbrauches von Milch und heimischen Molkereiprodukten, die im Einvernehmen mit dem Wiener Stadtschulrat die Organisation der Milchverbreitung in der Vormittagspause in etwa siebenhundert Volks- und Hauptschulen mit gutem Erfolg durchführt, und das Museum für Volkskunde wurden mit je viertausend Schilling subventioniert. Das Erste Oeffentliche Kinderkrankeninstitut in Wien, dessen Tätigkeit hinlänglich bekannt ist, erhält eine Subvention von dreitausend Schilling. Die Wiener Graphische Gesellschaft, die auch heuer praktische Satzkurse in der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt veranstaltet, bekommt eine Subvention von tausend Schilling. Schliesslich hat der städtische Finanzausschuss für den Verein Charite eine Subvention von fünfhundert Schilling beschlossen. Der Verein unterhält ein Frauenkrankeninstitut, wo arme kranke Frauen unentgeltlich behandelt und beraten werden.

2356 Todesfälle in Wien. Im Dezember starben in Wien 2.356 Menschen. Davon waren 1.192 Männer und 1.164 Frauen. Von den Verstorbenen waren 2.220 Wiener; 136 waren ortsfremd. In ihrer Wohnung starben 1.050 Personen und in Anstalten 1.306. Von den Verstorbenen waren 657 über 70 Jahre alt. Die häufigsten Todesursachen waren organische Herzkrankheiten, der Krebs, Lungen- und Rippenfellentzündung, Lungen- und Kehlkopftuberkulose, dann Gehirnschlag, Arterienverkalkung, Selbstmord, Altersschwäche und schliesslich epidemische Krankheiten.

Die Trauungen in Wien. Im Dezember wurden in Wien 1.261 Ehen geschlossen. Vor römisch katholischen Seelsorgern fanden 655 Trauungen statt und vor der politischen Behörde 288. Konfessionsänderungen sind im Dezember in Wien 1.207 zu verzeichnen. Aus der römisch katholischen Kirche sind 915 Personen ausgetreten. 968 Personen haben die Konfessionslosigkeitserklärung abgegeben.

Wien, am Dienstag, den 29. Jänner 1929

Zweite Ausgabe

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Heute wurden zu den Schneeaufräumarbeiten 980 eigene Strassenarbeiter und 10.463 Schneearbeiter herangezogen. Für die maschinelle Schneesäuberung wurden 60 Pferdeschneepflüge, 2 Autoschneepflüge und für die Schneebefuhr 636 zweispännige Fuhrwerke, 73 Kabszüge, 80 Lastkraftwagen und die Schneeaufłademaschine verwendet. Das entspricht einer heutigen Tageslohns^{illing.}summe von rund 100.000 Schi. Die Kehr- und Aufräumarbeiten sind nun soweit beendet, dass weder bei den städtischen Strassenbahnen, noch im Fuhrwerksverkehr Verkehrsstörungen mehr zu befürchten sind. Es werden daher die weiteren Schneeaufräumarbeiten zum Grossteil nur mehr mit den ständigen Strassenarbeitern und mit Leihfuhrwerken fortgesetzt. Es ist selbstverständlich, dass zu diesen Arbeiten auch noch Arbeitslose herangezogen werden.

Um das sogenannte "Anstellen", das mit Recht als quälend empfunden wird, abzuschaffen, wurde die Regelung getroffen, dass von den aufgenommenen Schneearbeitern etwa die Hälfte morgen, Mittwoch beschäftigt wird, die anderen jedoch eine Anweisung für die Beschäftigung am Donnerstag erhalten. Sie können sich das Anstellen ersparen, weil sie mit dieser Anweisung unbedingt Arbeit bekommen, wenn sie um sechs Uhr früh zur Geräteübernahme^{erscheinen.} Das Strassenreinigungsamt hofft, dass mit dieser Neuordnung alle Unannehmlichkeiten bei der Aufnahme, insbesondere das stundenlange Stehen, endgültig vermieden werden. Weitere Aufnahmen von Schneearbeitern können dann selbstverständlich nur bei neu eintredenden Schneefall oder bei Auftreten eines durchgreifenden Tauwetters stattfinden.

Die Musiker gegen die Musikautomaten. Der österreichische Musikerverband hat an den Magistrat eine Zuschrift gerichtet, in der er darauf aufmerksam macht, dass Gast- und Kaffeehauslokalbesitzer immer mehr die Musiker durch Musikautomaten ersetzen. Der Verband bezeichnet dies als Kulturrückschritt mit der traurigen Folge, dass ohnehin in schwerem Notstand befindlichen Musiker um ihren Erwerb kommen. Er richtet an den Magistrat das dringende Ersuchen, solche Musikautomaten in der Steuer nicht zu begünstigen. Es wäre vielmehr darauf Rücksicht zu nehmen, dass solche Musikautomaten fortdauernd spielen können, weshalb eine Besteuerung für die ganze Betriebsdauer angemessen sei.

Wien, am Mittwoch, den 30. Jänner 1929

Die Geschlechtskrankheiten in Wien. Nach den Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Gemeinde Wien ist in den letzten Jahren ein erheblicher Rückgang der Besucher der städtischen Abendambulatorien zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der städtischen Beratungsstelle für Geschlechtskranke festzustellen. Während die Abendambulatorien im Jahre 1925 noch von 4114 Männern und 1350 Frauen besucht wurden, holten sich im Jahre 1927 nur mehr 2744 Männer und 667 Frauen in den Abendambulatorien Rat und Hilfe. Im Jahre 1925 wurden 4019 Gonorrhoeerkrankungen, 1382 Lueserkrankungen und 63 Erkrankungen an Ulcus molle festgestellt. Die Zahl dieser Krankheitsfälle ist im Jahre 1927 erheblich niedriger. Es wurden nur 2544 Gonorrhoeerkrankungen, 835 Lueserkrankungen und 32 Erkrankungen an Ulcus molle behandelt. Die städtische Beratungsstelle für Geschlechtskranke wurde im Jahre 1925 von 596 Personen in Anspruch genommen. Die Zahl ihrer Besucher fiel im Jahre 1927 auf 445. Während im Jahre 1925 von den Besuchern 375 geschlechtskrank waren, wurden im Jahre 1927 nur mehr 258 Geschlechtskranke gezählt. Davon waren 140 Männer und 118 Frauen. Die städtische Eheberatungsstelle hatte gegenüber 978 Besuchern im Jahre 1925 nur 764 im Jahre 1927. Von den im Jahre 1927 zum ersten Mal erschienenen 337 Besuchern wurden 324 ärztlich untersucht. Als gesund wurden 111 und als krank 213 befunden. Von den Kranken litten 67 an venerischen Krankheiten, 91 an sonstigen Sexualkrankheiten, 61 an Nervenkrankheiten, 10 an Geisteskrankheiten und schliesslich 19 an Tuberkulose.

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. In Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten wurden heute hierfür 991 Strassenarbeiter und 9713 Schneearbeiter herangezogen. Für die maschinelle Schneesäuberung wurden 27 Pferdeschneepflüge und ein Autoschneepflug und für die Schneefahrt 679 zweispännige Fuhrwerke, 67 Kabszüge, 87 Lastkraftwagen und die Schneeaufłademaschine verwendet.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Hietzing in der Kesslorgasse, Bahnhofstrasse und Berguillergasse in Betrieb gesetzt.

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, findet morgen Donnerstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

Wien, am Donnerstag, den 31. Jänner 1929

Der Metallarbeitervorband und die Russlandhaftung der Gemeinde. Im Auftrag des Oesterreichischen Metallarbeitervorbandes haben in den letzten Wochen und zuletzt heute Obmann Abgeordneter Dones und die Zentralsekretäre Janovek, Nachtnebel, Stein und Kogler wiederholt bei Bürgermeister Seitz und dem Finanzreferenten St d r a t Breitner vorgesprochen und darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Einstellung der Russlandaktion der Gemeinde in gewissen Zweigen der Metallindustrie eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu befürchten sei. Die Abordnung verlangte mit Rücksicht auf die dadurch zu erhoffende Belebung des Arbeitsmarktes die möglichst rasche Verlängerung der Gemeindegarantie für Russlandgeschäfte. Es wurde den Vertretern des Metallarbeitervorbandes mitgeteilt, dass die Verhandlung wegen Verlängerung der Russlandhaftung mit allen in Betracht kommenden Interessentenkreisen im vollen Gange sind. Es ist zu hoffen, dass bis zum 15. Februar 1929 volle Klarheit herrschen wird. Die Gemeinde beabsichtigt, in Würdigung der vorgebrachten Gründe die volle Ausnützung des vom Gemeinderat bewilligten Garantiebetrages von hundert Millionen Schilling zu ermöglichen. Sobald die Verhandlungen mit den Interessentenkreisen abgeschlossen sind, wird den zuständigen städtischen Körperschaften die diesbezügliche Vorlage unterbreitet werden.

Die städtischen Schneesäuberungsarbeiten. Heute wurden für die Schneeabräumarbeiten 1.033 eigene Strassenarbeiter und 8362 Schneearbeiter in den Dienst gestellt. Für die Schneefuhr wurden 659 zweispännige Fuhrwerke, 68 Kabszüge, 73 Lastkraftwagen und die Schneeaufłademaschine und für die maschinelle Schneesäuberung 48 Schneepflüge verwendet.

Die Gebühren für die Fleischschau. Für die Zeit vom 1. bis 28. Februar beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh- und Fleisch 1'62 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in Wiener Eisenbahn- und Schiffstationen ein- und ausgeladen werden, eingehoben.

Wien, am Donnerstag, den 31. Jänner 1929.

Zweite Ausgabe

Unverändertes Reinigungs- und Sperrgeld. Heute fand unter dem Vorsitze des amtsführenden Stadtrates Weber über die beim Magistrat eingelangten Eingaben der Berufsvereini^{on}g/der Hausbesorger und Portiere Oesterreichs eine Interessenbesprechung statt. In den Eingaben wurde eine zwanzig- bis vierzigprozentige Erhöhung der derzeitigen Ansätze für das Reinigungsgeld und ausserdem ein Zuschlag bis zu fünfundzwanzig Prozent für die Gehsteigreinigung gefordert. Bei der Besprechung wurde von einzelnen Hausbesorgerorganisationen auch der Wunsch geäußert, das Sperrgeld und die Hausterschlüsselgebühr zu erhöhen. Die Vertreter der Mieter sprachen sich mit dem Hinweis darauf, dass die letzte Erhöhung im Juli des abgelaufenen Jahres erfolgt sei, derzeit gegen jede Erhöhung aus. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Gebühr für die Reinigung der Gehsteige während der Wintermonate wurde im Jahre 1924 mit einem Sonderzuschlag zum Reinigungsgeld eingeführt. Später dann wurde, einem Wunsche einer Interessentenbesprechung folgend, diese Gebühr in das Reinigungsgeld einbezogen. Da die Erhöhung der Reinigungsgeldgebühr und des in ihr inbegriffenen Gehsteigreinigungszuschlages im Juli 1928 erfolgt ist, konnte dem Wunsche der Hausbesorger auf eine separate Einführung einer Gehsteigreinigungsgebühr nicht entsprechen werden. Stadtrat Weber stellte aber die Prüfung dieser Frage in Aussicht. Jedenfalls wird sich die nächste Interessentenbesprechung mit diesem Gegenstand neuerlich beschäftigen. Es wurde ferner der Wunsch geäußert, dass den Hausbesorgern in jenen Fällen, in denen zum Aufstreuen bei Glatteis Asche im ausreichendem Masse nicht zur Verfügung steht, von den Mietparteien des Hauses das notwendige Streumaterial beige stellt werde. Dieser Wunsch wurde als berechtigt anerkannt. Die mit der Verordnung des Landesgauptmannes vom 25. Juli 1928 L.G.Bl. für Wien Nr. 26, bestimmten Ansätze für das Reinigungs- und Sperrgeld der Hausbesorger bleiben demnach auch für die Zeit nach dem 1. Februar 1929 unverändert in Geltung.
